

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Ar. 52.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 27. Dezember 1912.

Inserationspreis für die viersp. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengeluche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonrui B. 1546. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag.

13. Jahrg.

## Ein Rückblick.

Ein Jahr steten Kampfes war das Jahr 1912 für die christlichen Gewerkschaften. Nicht nur zahlreiche Lohnkämpfe charakterisieren das jetzt seinem Ende entgegengehende Jahr als Kampfsjahr, sondern auch Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften um ihre Grundsätze und ihre Selbstständigkeit zu führen hatten. Unsere Gegner haben uns die Arbeit im Jahre 1912 wirklich nicht leicht gemacht. Wir wünschen wirklich nicht, daß ein Jahr der Zukunft uns ebenso schwierige Aufgaben stellt. Wer den Willen zu positiver Arbeit für die Interessen der Arbeiterschaft hat, kann wirklich nicht den Wunsch haben, daß derartige Kämpfe sich wiederholen. Daß wichtige Aufgaben, die Grund und Ziel unserer Bewegung sind, darunter leiden müssen, ergibt sich von selbst. Allerdings haben die Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen zu führen hatten und die im Jahre 1912 unzweifelhaft ihren Höhepunkt erreichten, dazu beigetragen, daß unserer Bewegung Charaktere erwachsen. Im Kampfe bildet sich der Mann und in den gewerkschaftlichen Kämpfen sind die Kerntuppen unserer Bewegung verankert. Gestählt worden, daß wir getrosten Mutes in die Zukunft schauen können.

Zunächst bot die Reichstagswahl unseren Gegnern willkommenen Anlaß, gegen die christlichen Gewerkschaften anzugehen. Die Reichstagswahlen haben zwar an sich mit unserer Bewegung nichts zu tun. Die Erkenntnis auf Seiten der Sozialdemokratie, daß sie keinen gefährlicheren Gegner hat, als die christlichen Gewerkschaften, trug unserer Bewegung den giftigen Haß der Sozialdemokratie zu. Und als gar nach der Wahl die Sozialdemokratie im Herzen des industriellen Deutschlands, im Ruhrrevier, eine gewaltige Niederlage feststellen konnte, dank der Einsicht der christlichen Arbeiterschaft, da ging der Kampf erst recht los. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Leitstreit der Ruhrregimente zu Beginn d. J. eine psychologische Ursache in der politischen Niederlage der Sozialdemokratie hat. Der Streik war ein großer Unfimm. Deshalb mußte ihn der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter ablehnen. Wiederum war für die Sozialdemokratie ein „Arbeiterverrat“ der christlichen Gewerkschaften entdeckt und der Kampf gegen unsere Bewegung begann von neuem.

Denn, nach der Pfingsttagung des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine, setzte der sog. Gewerkschafts-Kreis mit außerordentlicher Heftigkeit wiederum ein. Seine Nachwirkungen und die diesbezüglichen Verhandlungen auf den Kongressen zu Dresden und Essen sind noch in der guten Erinnerung aller christlichen Gewerkschaftler. Hoffentlich ist jetzt für immer in dieser Sache Ruhe. Niemand wird behaupten können, daß dazu in unseren Kreisen der ernsthafte Wille fehlt. Nicht immer wird es ja leicht fallen, gegenüber dem denunziatorischen Verhalten von „Sig. Berlins“ Hintermännern, das jetzt wiederum einzusetzen scheint, stillzuschweigen. Ein Glück, daß jene Geister nicht über die Machtmittel der Inquisition verfügen. Wenn der Fall wäre, würden den „Regierern“ nicht genug Scheiterhaufen brennen können.

Der Dresdener, sowie der Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften, die einen so imposanten Verlauf nahmen, haben für alle diejenigen, die es wissen wollten und die notwendige Aufnahmefähigkeit besitzen, vollständige Klarheit über die Grundsätze unserer Bewegung gebracht. Das wird und muß die Wirkung haben, daß die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften in Zukunft in viel besserer Weise ermöglicht wird. Der Dresdener Kongress hatte sich zudem mit einer Reihe von anderen wichtigen Fragen zu beschäftigen, deren Behandlung zeigte, daß unsere Kongresse keine „Masseparlamente“ sind, nach Art der sozialdemokratischen Parteitage. Der Bewegung, überhaupt der Arbeiterfrage, ist ohne Zweifel durch den Dresdener Kongress wesentlich gedient worden. An den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften liegt es jetzt, besonders den Aufruf der letzten Kongresse zu beherzigen und danach zu handeln.

Von Bedeutung für unsere Bewegung war die im Laufe des Jahres erfolgte Gründung des nationalen Krankenkassenverbandes. Die vollständige Unabhängigkeit der nicht unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Kassen ist damit gegeben. Der sozialdemokratisch geleitete Krankenkassenverband kann sich fernerhin nicht mehr das Prädikat als alleiniger Vertreter der organisierten Krankenkassen geben. Es war auch wirklich Zeit, daß es auf diesem Gebiete zur Verwerfung der sozialdemokratischen Schablone kam. — Die erfolgte Reorganisation des Staats-, Gemeinde- und Hilfsarbeiterverbandes, sowie die damit verbundene Gründung eines neuen Landes-, Gemeinde- und Militärarbeiterverbandes wird ebenfalls nicht von ungünstiger Einwirkung auf die Entwicklung unserer Bewegung sein.

Mehr wie in früheren Jahren haben im Jahre 1912 die Gelben von sich reden gemacht. Trotz aller Protektion der Scharfmacher will es jedoch nicht gelingen, eine gelbe Bewegung in Fluß zu bringen. Gewiß, die Mitgliederzahlen der gelben Verbände steigen — dank der großen Summen und Unterstützungen der Arbeitgeber — aber trotzdem bleiben die gelben Vereine ohne Begeisterung und ohne persönliche Hingabe der Mitglieder. Letztere gehören alle zum Stamme „Nimm“. Wie die letzten Gewerbeverträge wahlen in Augsburg und Essen zeigen, sind die Gelben nur eine vorübergehende Erscheinung. Aus der gelben Farbe entwickelt sich schließlich ein gar kräftiges Rot.

Unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat trotz der erregten Zeit, in die uns das Jahr 1912 brachte, für seine Mitglieder eine außerordentlich umfangreiche Tätigkeit zur Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeübt. Die große Serien-Larifsbewegung im Holzgewerbe konnte mit einem guten Erfolge für die Kollegen beendet werden. Kaum war diese Bewegung abgeschlossen, da liefen die Tarifverträge im Ruhrrevier ab. Auch hier wurden für etwa 20 Ort neue Verträge vereinbart, die wesentliche Lohnhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen brachte. Außer diesen beiden großen Bewegungen wurden seitens des Verbandes eine große Zahl örtlicher Bewegungen geführt, die allgemein kaum mit einem geringeren Erfolge endeten.

So konnten denn auch die Delegierten auf dem Verbandstage zu Barmen ihre Befriedigung über den Erfolg der bis dahin geführten Bewegungen zum Ausdruck bringen. Der Verbandstag selbst schloß sich in würdiger Weise seinen Vorgängern an. Brachte er auch, gleich anderen, keine Erhöhung der Beiträge, so zeigte er, daß die Verbandsmitglieder in Zeiten der Not gewillt, erhöhte Opfer für ihre Organisation zu bringen. Im übrigen brachte der Verbandstag eine bedeutende Verbesserung unseres Unterstützungs- und Beitragswesens, sowie eine Reihe der Lehrlingsfrage beides Dinge, von denen man nach der agitativen Seite hin gute Fortschritte verprach. Das als weitere Hauptberatungsgegenstände die Heimarbeit und die Arbeitsnachweisfrage auf der Tagesordnung des Verbandstages standen, ist unserer Sache ebenfalls wohl förderlich gewesen.

Mit dem besten Willen, den der Verband so zu stärken, daß im Jahr 1914, wenn erum die Delegierten des Verbandes zusammenzutreten, Mitgliederzahl von 20 000 erreicht ist, sind die Teilnehmer des Verbandstages von Barmen geschieden. Ob's das gesteckte Ziel zu erreichen und werden alles daran setzen, nicht, daß wir bereits in die Zeit der abflauenden Wirtschaftskonzunktur hereingeraten sind und solchen Zeiten erfahrungsgemäß den gewerkschaftlichen Organisationen oftmals eher Rückschläge als Fortschritte bringen. In einer solchen Zeit da müssen alle Kräfte angespannt werden, soll der nächste Verbandstag das gesteckte Ziel vor sich liegen haben.

Die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1912, war nicht gleich wie im Vorjahr. Die Mitgliederzunahme betrug etwa 1500 Mitglieder, sodaß wir im Jahre 1912 mit 18 000 Mitgliedern eintraten. Die Vermögensentwicklung des Verbandes blieb in ziemlich normalen Bahnen. Einem Gesamtvermögen von etwa 1/2 Millionen wird der Verband am Jahreschlusse bestehen.

Noch nicht ein Jahr beendet, da steigen schon Sturmzeichen für das bisher zu verzeichnen hatten, ist durch Bewegung, Verträge seitens der Arbeitgeber eingeleitet. Nach der gesamten Arbeitgeber des Baugewerbes als bisherigen Verhandlungen zwecks Neuabverufes träge, Angebote gemacht, mit denen die schlußes als zufrieden geben können. Bringen die Kollegen hier nicht eine andere Sachlage, dann ist kommendes Jahr in Holzgewerbe ziemlich sicher. Diesen ein großer unsere Kollegen sicher nicht herbei. Aber Kampf Erfolge zu erzielen, werden sie alles tun, was feste ihre Organisation so zu stärken, daß sie allen schenken ist. Die Stürme des Jahres 1912, so Kämpfe geschloß haben, haben nicht vermocht, unsere Organisationsreihen, daß er auch der Stürme und Kämpfe Herr wird.

## Zentralisation der Ortskrankenkassen.

Die R.-V.-D. und den Erlaß der preussischen für Handel und Gewerbe und Landwirtschaft vom 1. April 1912 ist eine weitgehende Zentralisation der Krankenkassen vorgezogen. Der Gedanke der Zentralisa-

tion ist gut. Durch Beschluß des Gemeindeverbandes können nun allgemeine Ortskrankenkassen (und Landkrankenkassen) neu errichtet werden (§ 231). Das Einf. Gesetz zur R.-V.-D. sieht aber auch in Art. 15 die Ausgestaltung einer bereits bestehenden gemeinsamen Ortsklasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse vor. Sowohl diejenigen Kassen, die alle Ortsklassenpflichtigen umfassen, wie auch die gemeinsame Ortsklasse, die bereits einen großen Teil der nach dem R.-V.-D. Ortskrankenkassenpflichtigen des Bezirks umfassen, können zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet werden.

Neben der allgemeinen Ortskrankenkasse können nach § 239 ff. R.-V.-D. besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden.

Auf diesem Gebiete wird es nun ohne Zweifel zu manchen Auseinandersetzungen kommen. Unter dem Vorhitz des Geh. O. Reg.-Rates Dr. Hoffmann aus dem preussischen Handelsministerium haben nämlich in den letzten Wochen Sitzungen bei der Regierungspräsidenten stattgefunden, in denen man Beschlüsse gefaßt hat, mit wenig Rücksicht auf die Anträge wegen Ausgestaltung zu allgemeinen Ortsklassen oder Zulassung als besondere Klasse, zur Gründung von neuen allgemeinen Kassen überzugehen. Daneben wurde aber auch der Gründung von Landkrankenkassen im westlichen Teile der preussischen Monarchie zugestimmt.

Das Bestreben nach Zentralisation seitens der preussischen Zentralregierung geht aber auch so weit, daß der Ministerial-Erlaß den klaren Wortlaut der R.-V.-D. ins Gegenteil verkehrt. Die Auslegung der R.-V.-D. durch den Ministerial-Erlaß ist daher von größerer Tragweite. Zunächst ist festzuhalten, daß der Art. 15 des Einf. Gesetzes zur R.-V.-D. im Absatz 2 ausdrücklich die Ausgestaltung einer gemeinsamen Ortskrankenkasse zur allgemeinen Ortsklasse vorsieht, wenn diese bereits einen großen Teil der Ortsklassenpflichtigen umfaßt. Im fraglichen Ministerial-Erlaß heißt es nun:

„Ausgestaltet werden dürfen ferner nach dem klaren Wortlaut des Art. 15 Abs. 1 Einf. Gesetz nur Ortskrankenkassen, deren Bezirk mit dem Bezirke der demnächstigen allgemeinen Ortskrankenkasse übereinstimmt. Bei freier Auslegung des Art. 15 Abs. 2 würde allerdings die hier bezeichneten Kassen berechtigt sein, sich unter Erweiterung ihres Bezirkes auszugestalten. Ausgesprochen von anderen Erwägungen würde es aber widersinnig sein, die in Abs. 2 bezeichneten Kassen anders als die in Abs. 1 aufgeführten zu behandeln. Es darf daher nur solchen Kassen die Genehmigung zur Ausgestaltung nach Art. 15 Abs. 1 erteilt werden, deren Bezirk sich mit dem Bezirke der in Aussicht genommenen allgemeinen Ortskrankenkasse deckt. Die Gemeindeverbände haben mühen in allen Fällen, in denen mit der Ausgestaltung eine Erweiterung des Bezirkes verbunden sein würde, die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse zu beschließen. Tun sie dies nicht, so hat das D.-B.-Amt die Errichtung anzuordnen (§ 232) und, wenn diese Anordnung nicht befolgt wird, die Klasse selbst zu errichten.“

Diese Auslegung ist völlig frei und durch das Gesetz nicht begründet. Man denke z. B., daß in einer größeren Stadt bereits eine gemeinsame Ortsklasse besteht, daß dann später infolge Eingemeindung ein kleiner Ort mit einer eignen gemeinsamen Ortsklasse angegliedert wird. Dann müßte nach der ministeriellen Anschauung die große Klasse sich auflösen, weil inzwischen der Bezirk der R.-V.-D. um ein kleineres größeres geworden ist. Sie müßte sich auflösen, auch wenn sie eine ausgezeichnete Verwaltung mit den besten Leistungen hätte. Das kann der Gesetzgeber nicht gewollt haben.

In den obengenannten Sitzungen der Ministerial-Vertreter mit den Regierungs-Vertretern ist aber bereits beschlossen worden, bestimmt allgemeine Ortsklassen, sind wegen „Gefährdung“ der neuen allgemeinen Ortsklasse unter Verweisung auf § 240 Z. 2 und § 243 zu schließen.

Der Ministerial-Erlaß gibt hierzu auch eine besonders rein subjektive Auslegung, indem er sagt: „In der Regel ist davon auszugehen, daß der allgemeinen Krankenkasse oder der Landkrankenkasse mindestens 1000 Personen verbleiben“ (bei Zulassung der vorhandenen Ortsklassen). Diese Auslegung des Ministerial-Erlasses entspricht durchaus nicht den Intentionen des Gesetzes. § 242 R.-V.-D. sagt ausdrücklich, daß die (neue) allgemeine Orts- oder Landklasse dann insbesondere als gefährdet gelte, wenn dieser durch das Bestehenbleiben anderer Kassen nicht mindestens 250 Mitglieder verblieben. Diese Zahl auf mindestens 1000 zu erhöhen, ist nun nirgendwo eine materielle Unterlage vorhanden. Man muß sich hierbei auch erinnern, daß in dem Entwurf zur R.-V.-D. zuerst das Wort „beeinträchtigt“ vorhanden war. In der 2. Kommissionslesung ist dieses Wort durch „gefährdet“ ersetzt worden, weil der Begriff „beeinträchtigt“ zu dehnbar ist und einer willkürlichen Auslegung der Boden entzogen werden sollte. Der Erlaß des Ministers ist aber eine willkürliche Auslegung der klaren Bestimmungen.

Dieses allgemeine Auflösen der bestehenden Kassen hat aber insofern auch seine Bedenken, weil der Gemeindeverband die Säugung der neu zu errichtenden allgemeinen Ortsklasse beschließt. Wie die Säugung ausfällt, kann den Versicherungsverhältnissen nicht gleichgültig sein. Hat das Stadtverordnetenkollegium, der Kreistag oder Bürgermeisterat eine sozial-

182



werde. Fischer geht dann die einzelnen Versicherungszweige ngen bezgl. ihrer Leistungen durch unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkungen auf die Volksgesundheit. Man denke nach dieser Richtung hin nur an den engen Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Wohnungsverhältnissen. Wenn aber durch Bekämpfung der ersteren auf dem Gebiet des letzteren gute bisher Anerkenntniswertes geschehen konnte, so war das für möglich mit Hilfe der Invalidenversicherung, mit den 10 Millionen Mark billiger Darlehen, die bis Ende 1910 für die Arbeiterwohnungen bewilligt worden sind.

Auch sonst fehlt es in den Ausführungen Fischers nicht an lobenden Ausmerkungen. Wohl besonders bemerkenswert sind jene über die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung, einmal weil hier Fischer die bisherigen Leistungen und Erfolge für einen längeren Zeitraum zusammenfaßt, so am aber, weil sich gerade auf diesem Gebiete in Zukunft noch Großes erwarten läßt. Der Umstand ferner, daß gerade über die Heilbehandlung die Sozialdemokratie gerne hinwegzugehen pflegt, rechtfertigt es, diese Darlegungen Fischers ausführlich wiederzugeben. Unbestritten dürfte es sein, so schreibt er hier, daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung heute schon von außerordentlich großer Bedeutung ist; vielleicht stellt sie die wertvollste Einrichtung der Invalidenversicherung dar. Die Abnahme der Tuberkulose in Deutschland ist nicht zuletzt dieser Heilbehandlung zu danken. Es werden aber nicht nur Tuberkulose in Heilbehandlung genommen, sondern auch Personen, die an Rheumatismus, Sicht, Herzkrankheiten, sonstigen Lungenkrankheiten, Blutarmut, Nervosität, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Kränklichkeit sowie Zahnkrankheiten leiden. Es bestehen bereits in Deutschland 138 Lungenheilstätten für Erwachsene mit 14 079 Betten. Bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten können jährlich 56 000 Lungenkranke in ständige Heilbehandlung genommen werden. Die Heilbehandlung Tuberkulöser erfolgt aber nicht ausschließlich in den Lungenheilanstalten der Versicherungsträger und in privaten Lungenheilstätten, sondern auch in Luftkurorten und teilweise in Bädern. Andere Kranke werden in Genußheimen, Krankenhäusern, Kliniken, orthopädischen, medikamentösen Anstalten, Heilanstalten für Geschlechts- und Alkoholfranke, Wasserheilanstalten, Luftkurorten und in See-, Mineral-, Schwefel-, Moor- usw. Bädern behandelt. Bis zum Jahre 1910 einschließlich sind im ganzen 733 315 Personen mit einem Kostenaufwand von 177 811 107 M. behandelt worden. Davon entfallen auf das Behandlungsjahr 1910 allein 114 310 Personen mit einem Kostenaufwand von 26 593 569 M.

Die meisten dieser Personen waren, so bemerkt Fischer weiter, auch in einer ständigen Behandlung, d. h. in einer Anstalt, einem Kurort, usw. untergebracht, während die nichtständigen Heilbehandlungen nur in einer längeren Behandlung in der Sprechstunde des Arztes und in der Gewährung von Heilmitteln, künstlichen Gliedern usw. bestehen. Bis zum Jahre 1910 einschließlich waren 318 089 Tuberkulöse, 868 Lupusfranke und 283 919 andere Kranke in ständiger, 3835 Tuberkulöse und 126 604 andere Kranke in nichtständiger Behandlung gewesen. Im Jahre 1910 wurden 45 609 Tuberkulöse ständig und 1108 nichtständig behandelt, daneben 189 Lupusfranke, 38 001 resp. 29 403 andere Kranke. Uebereinstimmend wird bestätigt, daß die Heilbehandlung sehr gut ist, die Heilstätten auf das Beste eingerichtet sind. Die zahlenmäßigen Angaben über die Erfolge dieser Heilbehandlung sind zwar nicht unbestritten. Im Jahre 1910 soll von 41 420 Tuberkulösen, die in ständiger Heilbehandlung waren, bei 37 335 oder 90 Prozent ein Erfolg erzielt worden sein, von 1112 Lungentuberkuloseverdächtigen sogar bei 1086 (98 Prozent). Von 178 Lupuskranken sind 153 (86 Prozent), von 36 975 anderen Kranken 32 719 (80 Prozent) mit Erfolg behandelt worden. Es wird nun eingewendet, und das ist richtig, daß diese Erfolge in vielen Fällen nicht von Dauer seien. Aber es ist doch auch festgestellt worden, daß für die 1905 Behandelten am Schlusse des Jahres 1906 ein Dauererfolg von 63 Prozent bei Männern und 71 Prozent bei Frauen, für die 1907 behandelten am Schlusse des Jahres 1908 ein Dauererfolg von 64 Prozent bei Männern und 69 Prozent bei Frauen, und für die 1909 Behandelten am Schlusse des Jahres 1910 ein Dauererfolg von 68 Prozent bei Männern und 71 Prozent bei Frauen zu verzeichnen war, die Dauererfolge also bei Männern um 5, bei Frauen um 4 Prozent gestiegen waren. Am Ende des Jahres 1910 sinken die Dauererfolge der 1905 Behandelten (also nach 5 Jahren) allerdings bei Männern auf 41, bei Frauen auf 49 Prozent herab.

Aber immerhin läßt dieses Resultat, so folgert der Abgeordnete für Bütow, den Schluß zu, daß annähernd die Hälfte vollständig geheilt worden ist. Die Statistik der Tuberkuloseverbreitung in Deutschland ergibt ja auch, daß in den etwa 348 Orten des Deutschen Reiches mit 15 000 und mehr Einwohnern im Jahre 1905 auf je 10 000 Einwohnern 22,3 Personen an Tuberkulose gestorben sind, im Jahre 1909 nur noch 15,7. In Preußen ist die Tuberkulosesterblichkeit von 17,16 unter 10 000 Bewohnern im Jahre 1907 auf 15,17 im Jahre 1911 gesunken. Daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung daran mindestens einen großen Anteil hat, kann nicht bestritten werden. Neben den 66 Millionen, die bisher für den Bau der eigenen Heilstätten aufgewendet worden sind, hat die Invalidenversicherung auch noch 14 055 135 M. Darlehen zur Förderung des Baues von Heilstätten, ländlichen Kolonien für Tuberkulöse usw. gegeben, zum größten Teil an Heilstättenvereine, vereinzelt auch an Gemeinden und Kerze. Dazu kommen noch die Darlehen für andere gemeinnützige Zwecke. Im ganzen sind bis einschließlich des Jahres 1909 Darlehen für gemeinnützige Zwecke in der Höhe von 877,1 Millionen Mark gegeben worden.

Je mehr die segensreichen Wirkungen der sozialen Versicherung Deutschlands in die Erscheinung treten, und die Arbeiter dieselben am eignen Leibe zu verspüren bekommen, umso bestemmender und peinlicher wird natürlich für die

Sozialdemokratie das Gefühl, von wenigen Ausnahmen bei späteren Novellen abgesehen, gegen das große Reformwert der Arbeiterversicherung gestimmt zu haben. Wenn Fischer gleichwohl für die Sozialdemokratie das Verdienst in Anspruch nimmt, die soziale Versicherungsgesetzgebung inauguriert zu haben, so tut er mit dieser Behauptung der Wahrheit Gewalt an. Mit Recht können wir ihn fragen, wenn die Sozialdemokratie sich die Inauguration der sozialen Gesetzgebung unter allen Umständen als Verdienst anrechnen will, warum hat sie sich nicht das noch größere Verdienst erworben und auch für das Gesetz gestimmt? Aber da hat die Sozialdemokratie verjagt, weil sie mit der Opposition gegen die soziale Gesetzgebung bessere politische Geschäfte machen zu können vermeinte. Und ebensoviele kann Fischer ohne weiteres sagen, ohne die Arbeiterbewegung hätte die soziale Versicherungsgesetzgebung ihre bisherigen Leistungen nicht vollbringen können. Man kann da auch das Gegenteil behaupten: Wäre die soziale Gesetzgebung mit ihren Selbstverwaltungskörpern nicht gewesen, dann hätte dem größten Teil derjenigen, die sich heute Führer der Arbeiterbewegung nennen, die Gelegenheit gefehlt, sich zu solchen zu schulen und auszubilden. Mit der Opposition gegen die soziale Gesetzgebung ist also das Schuldkonto der Sozialdemokratie noch nicht erschöpft gewesen.

So vermischen sich in des Abgeordneten Fischers Aeußerungen Wahrheit und Dichtung!

### Die Betriebsarten der Holzproduktion.

Für die Wahl der waldbirtschaftlichen „Betriebsart“ kommen der Standort, die vorhandene Holzart, die Bewirtschaftungsweise der Nachbarbestände, die örtlichen Gefahren, dann die Zwecke und speziellen Bedürfnisse des Waldbesizers und dergleichen und die Einträglichkeit in Betracht.

Unter die Hochwaldbetriebe fallen der Femeischlagbetrieb, der Kahlschlagbetrieb und Ergänzungsformen, unter die Ausschlagholzbetriebe der Niederwaldbetrieb, der Koppholzbetrieb und der Schneidholzbetrieb, unter die Kompositionsbetriebe der Mittelwaldbetrieb und der Hochwaldbewirtschaftungsbetrieb.

Die Hochwaldbetriebe liefern nachhaltig nicht nur die größten Holzmassen und wertvollsten Holzsortimente auf der Flächeneinheit, sondern auch zahlreiche Nebenprodukte wie Teer, Harz, Baumrösche usw. Sie sind für alle Baumholzarten anwendbar, erhalten die Bodenkraft am meisten und erleichtern den Uebergang zu einer weniger Kapital beanspruchenden Betriebsart, nämlich dem Mittel- oder Niederwald. Sie stehen an Lage und Klima weniger Ansprüche als die Ausschlagholzbetriebe und verlangen nur verhältnismäßig geringe Kultur- und Erntekosten. Sie eignen sich besonders für Staats- und Anwesenwälder, sowie für Großgrundbesitzer und bilden die Hauptform in größeren Nadelwaldbeständen, weil die Nadelhöfe in reinen Ausschlagwäldungen, über die weil unten noch gesprochen werden wird, gar nicht erzogen werden können. Hochwaldbetriebsbestände sind in klimatischer Hinsicht von Eins durch ihre Umgebung und bieten einen Schutz gegen manche ungünstige Standortverhältnisse oder Naturereignisse herbeigeführte Unmitten. Die Hochwaldbetriebe verlangen aber größere Platz und kräftige, besonders tiefgründige Böden, große Holzkapitale und rentieren im allgemeinen gering; auch sind die Wälder vielen Gefahren durch Schnee, Sturm, Waldbrände, Inse usw. ausgesetzt und wirken teils durch ihren Nährübertrag, teils durch ihr Wurzelanstreichen nachteilig auf die Nachbarschaft.

Der Femeischlagbetrieb läßt von allen Hochwaldbetriebsarten noch am ehesten auf kleinen Flächen einrichten. Bei ihm ist zwar die Holzmassenerzeugung beschränkt und die Nutzholzausbeute eine geringere: je nach der walden Beschirmung ist der Jahresringbau ungleichmäßiger, außerdem größere Benachteiligungen durch die Holzfallung und Holztransport, größerer Schaden durch Weidewiehe und Wild, achte Feuergefahr auf; man hat auch höhere Erntekosten, Inse und Betrieb sind erschwert, so auch die Holzmassenaufnahme durch diesen Betrieb am besten gewahrt und die Stämme Stürmen und anderen Witterungs-widerstandsfähig, so daß die in schlagweisen Hochwaldbetrieben. Der Femeischlagbetrieb findet zunächst für kleine Wäldungen Anwendung, welche die Errichtung einer Jahresschlagwirtschaft erforderliche Größe nicht besitzen, aber doch in einer Hochwaldbetriebsart bewirtschaftet werden. Außerdem bildet er den Betrieb der Schutz- und Lagerschlagwirtschaft auf den äußersten Gebirgshöhen, an sehr steilen Hängen, an Sandhölzern, an Seckstufen, in Parks usw. ist er angebracht, je der fortwährenden Bestockung sind die Gefahren durch Inse, Steinschläge und Lawinen geringer, bzw. abgeschwächt.

Der Femeischlagbetrieb zeichnet sich vor dem Femeischlagbetrieb durch größere und wertvollere Holzträge aus und der Betrieb bewegt sich in einem geordneten Flächenrahmen, den ganzen Wald, sondern beschränkt sich auf einen Teil. Vor dem Kahlschlagbetriebe hat der Femeischlagbetrieb geringeren Flächenbedarf, größere Erhaltungskosten, einen Schutz des Nachwuchses gegen Frost und der Bodentemperatur, Er eignet sich besonders für gärtliche Schattenschlagbetriebe, die die Bestände und Kahlhölzer, einen größeren Schirm und Schutz für exponierte Bergköpfe, steile Hänge, felsige Böden usw. ähnlich dem Femeischlagbetriebe.

Beim Ausschlagholzbetriebe hat man die Vorzüge der Unabhängigkeit dem Eintritt und der Wiederkehr der Samenabfälle, die Schlagführung beim Femeischlagbetriebe, die Möglichkeit, die vorteilhafteste Umtriebszeit abhängig von den Umständen zu wählen, die Erziehung gleichalteriger einstufiger Bestände, die freie Wahl hinsichtlich der Holzart und der Erntemöglichkeit, volle Freiheit bezüglich des Ganges der Schlagführung, Fällung zu jeder Zeit ohne Rücksicht auf die Fällung, Einfachheit des ganzen Betriebes, Ersparnis an Kosten usw. Die mit dem Kahlschlagbetriebe verknüpften Nachteile aber liegen in der größeren Gefährdung der Bodenkraft durch das längere Freiliegen des Bodens und in einem teils durch die Kulturkosten, durch die Reinheit und Gleichmäßigkeit der Bestände werden manche Gefahren wie die Insekten- und Pilzschäden, vergrößert. Der mangelnde Schutz der Kulturen durch die Erntekosten, Ausfrieren und Verbrotten der Pflanzen, die Kahlschlagbetriebe bildet die vorherrschende Betriebsart für Kahlholzwälder, weil diese unter einem Schirme durch höhere Erträge zu gewinnen sind. Auch für die Nichte verdient er in der Regel

den Vorzug, weil diese zufolge ihrer flachen Verwurzelung leicht vom Winde geworfen und gebrochen wird; nur dürfen die Schläge nicht zu groß gemacht werden; zumal bei der Nichte sind schmale Abstümmungen geboten, um einen Seitenschuß durch das benachbarte Altholz zu beschaffen.

Als Ergänzungsformen seien der Lichtungs- und Ueberhalbbetrieb erwähnt. Letzterer hat im Allgemeinen die Licht- und Schattenseiten des Femeischlagbetriebes, wenn auch dessen Nachteile nicht so sehr, die Vorteile aber dafür mehr zur Geltung kommen wegen der freieren Art der ganzen Wirtschaft. Man erzielt im Lichtungsbetriebe wertvollere Kahlhölzer ohne Umtriebs-erhöhung und gewinnt einen größeren Lichtungszuwachs. Der Ueberhalbbetrieb eignet sich nur auf festen Böden und für sturmfeste, lichtkrönige Kahlholzwälder; bei ihm kommt das gewirtschaftliche Moment noch mehr zur Geltung als im gewöhnlichen Lichtungsbetriebe.

Bei den Ausschlagholzbetrieben sind im allgemeinen die Vorteile die, daß sie auch auf kleinen Flächen eingerichtet werden können, weniger mineralische Kraft und Tiefgründigkeit des Bodens brauchen als die Hochwaldbetriebe, auch weniger Holzmassenkapital und meist höher rentieren. Wegen kürzerer Umtriebe und weniger Betriebsstörungen durch Witterungseinflüsse (meteorische Elemente) etc. ist die ganze Wirtschaft verhältnismäßig sicherer und einfacher. Nachteile aber sind, daß die Holzproduktion sowohl nach Menge als auch nach Güte der hochwaldbildigen Holz-erzeugung nachsteht, das milde Klima und geschützte Lagen bedingt sind und die Erntekosten des Holzes, meist auch die Kulturkosten sich höher stellen als bei Hochwäldungen.

Der Niederwaldbetrieb bescheidet sich mit dem geringsten stocenden Vorrat und gewährt frühere und häufigere Erträge und ist deshalb rentabler als der Hochwald. Weitere Vorteile der Stockschlagwirtschaft sind der bedeutendere Anfall von Nebenprodukten (Eichenglanzrinde, Futterlaub, Gras), die frühere Eintriebsmöglichkeit von Weidewiehe, weniger Gefährdung durch Insekten, Stürme, Waldfeuer usw., dagegen höhere Gefährdung durch Spätkälte, Raufreif und Eisabgang. Der wesentlichste Nachteil ist die Erzielung von Holzergüssen mit beschränkterer Lösbarkeit. Es eignen sich zum Niederwaldbetriebe besonders kleine Kahlhölzer, Waldparzellen zwischen Wiese und Feld, kahlgründige Böden und steile Uferböschungen, überhaupt keines Waldeigentum in solchem Privatbesitz, der große Kapitalien im Waldgewerbe nicht ablegen kann.

Der Koppholzbetrieb, der sich gut mit landwirtschaftlicher Benutzung des Bodens, besonders mit Grasucht vereinigen läßt, gewährt häufige Erträge, besonders an Korbflößstruten und Faschinenreißig; er eignet sich für Schwierigkeiten an Bach- und Flußufern, für periodisch von Ueberflutungen heimgesuchte Niederungen, Feld- und Wiesenränder, wüste Raine und Plätze, Viehwälder, enterntete Außenfelder auf geringen Böden, die die Düngung nicht lohnen. Die Koppholzstämme schützen die Ufer gegen Eiszug.

Beim Schneidholzbetriebe hat man ziemlich die gleichen Vor- und Nachteile wie bei der Koppholzwirtschaft bei oft noch größerer Erzeugung. Der Nutzwert und die Dauer der geschneideten Stämme ist etwas größer. Der Betrieb eignet sich vorzugsweise für ländliche Gutbesitzer mit Schafzucht und für Dorfgemeinden wie beim Koppholzbetriebe, mit Ausnahme von Ufern.

Von den Kompositionsbetrieben oder gemischten Betrieben ist der Mittelwaldbetrieb namentlich für Gemeinden und Private mit beschränktem Waldeigentum, die aber doch eine jährliche Nachholwirtschaft betreiben wollen, geeignet und gewährt wertvollere Holzsortimente als der reine Stockschlagbetrieb. Der Mittelwaldbetrieb paßt für kräftige Stämme und Kahlböden in den Stromgebieten der Flüsse, wo Hochwaldbewirtschaftungen durch Ueberflutungen gefährdet wären.

Der Hochwaldbewirtschaftungs- oder Erhaltungsbetrieb ist ein Nothbedarf und Uebergangsbetrieb für gewisse Fälle, z. B. wenn bei Mangel an triebreifen Holzern bedeutende Holzabgaben an Holzreihler usw. nötig sind. Seine Haupt-schwächen sind Verarmung des Bodens infolge frühzeitiger und starker Lichtung.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstaze dieser Nummer der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Dezember fällig ist.

Die Zahlstelle Wiesbaden erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 70 Pfg.)

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 50428 Henno Stäblein; Nr. 57518 Gustav Timmer; Nr. 77690 Josef Böger. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Auf den Abrechnungsbordern für das IV. Vierteljahr 1912 sind den Zahlstellen in Rechnung gestellt:  
1 Protokoll vom 9. Jänner Kongress . . . 10 Pf.  
1 Vortrag Stegerwald . . . 5  
1 Jahrbuch 1912 . . . 50

Außer diesen gelieferten Schriften sind auch die vor einigen Wochen gelieferten Dresdener Protokolle mit 50 Pf. für das Stübchen berechnet.

Die Weihnachts-Militärunterstützung wird nur an die Zahlstellen der Kollegen geschickt. In diesem Jahre erhalten diejenigen Kollegen die Unterstützung, die in den Jahren 1911 und 1910 Soldat geworden sind, d. h. wenn deren Adressen der Geschäftsstelle mitgeteilt wurden und die Bücher eingeschickt sind. Diejenigen Kollegen, welche 1912 zum Militär eingetreten sind, erhalten die Unterstützung erstmalig Weihnachten 1913. Selbstverständlich erhalten die Unterstützung nur solche Kollegen, welche bis zum Eintritt beim Militär Mitglied unseres Verbandes waren, nicht aber diejenigen, die einem ausländischen Bruder-Verband angehörten.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1913. Mit dem 22. Dezember gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennig-Beitragsmarken dürfen aber den 29. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Für die Woche vom 29. Dezember 1912 bis zum 4. Januar 1913 ist also die alte Marke zu verwenden. Die neuen Marken werden den Zahlstellen

mit den Abrechnungsformularen für das 4. Quartal zugesandt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahreschluss an die Geschäftsstelle in Köln zurückzusenden sind. Reinschaffs dürfen nach diesem Zeitpunkt von den Zahlstellen alle Marken für etwa verbleibende Mitglieder zurückbehalten werden. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Auf das Einleben der beitragsfreien Marken in die Mitgliedsbücher wird nochmals aufmerksam gemacht. Und zwar müssen nach dem Beschluss des Barmer Verbandstages im Jahre 1912 und späterhin alle wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streit usw. leergebliebenen Markenfelder in den Mitgliedsbüchern mit beitragsfreien Marken besetzt werden. Ausgenommen sind nur die Wochen, in denen nach § 7 der neuen Satzungen die Mitgliedschaft geruht hat. Für reisende Mitglieder werden die beitragsfreien Marken dort nachgeliefert, wo sie in Arbeit treten. Wir bitten die Ortsverwaltungen dringend, zu sorgen, dass am Jahresabschluss alle Mitgliedsbücher in tadelloser Ordnung sich befinden.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Bohlleben unbrauchbar gewordener, wird bekanntlich nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Köln besorgt. Within sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenfelder mit Jahresabschluss vollgelebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Köln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugesandt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, dass am Jahresabschluss die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingemeldet und gemeinsam nach Köln geschickt werden können.

Aus die Neuanschaffung der Bücher — es handelt sich um mehrere tausend — bei der Geschäftsstelle in Köln zu erleichtern und zu beschleunigen, bitten wir die Ortsverwaltungen, auf die Zusammenfassung des vorderen Buchdeckels diejenige Markenzahl hinzuschreiben zu wollen, die in das neue Buch übertragen werden muss. Bei der Zahlung dürfen nur die im Buch liegenden Wochenbeiträge markenzugerechnet werden. Streifenmarken, beitragsfreie Marken u. s. m., sowie die mit Stempel versehenen Markenfelder sind also nicht mitanzugeben. Auch achte man darauf, dass die Zahl der in früheren Büchern gelebten und im letzten Buch durch ordnungsmäßige Eintragung beschleunigten Marken mit hinübergerechnet werden. Es wäre also auf die Innenseite des vorderen Deckels beispielsweise zu schreiben:

In diesem Buche leben 313 Marken  
früher gelebt . . . . . 257  
zusammen 570

Für die Mitglieder, die nur den halben Beitrag entrichten. (wöchliche 2.), sind ab 1. Januar 1913 nur noch die neuen Mitgliedsbücher mit grünem Umschlag gültig. Alle anderen Mitgliedsbücher sind deshalb am Jahresabschluss von den Ortsverwaltungen einzusammeln und nach Köln zu senden, damit hier neue Bücher ausgestellt werden. Im nächsten Jahr gelten also für wöchliche und für Mitglieder mit halbem Beitrag nur noch die neuesten Bücher mit grünem Umschlag.

**Lohnbewegung.**

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

**Veränderungen in laufenden Tarifverträgen.**

Im Monat Januar 1913 treten auf Grund der vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit den Arbeitgebern vereinbarten Tarifverträge folgende Veränderungen in Kraft:

**Waltersheim und Trarbach.** (Kornmarktsabschl. von Friedrich und Joch). Auf Seite Erwerb- und Poststoffe erfolgt am 1. Januar ein Anschlag von 5%.

**Wesfeld.** (Dampf-Schneiderei und Möbelfabrik G. m. b. H.). Der Dampfheizkostenlohn der Schreiner wird von 43 Pf. auf 44 Pf. erhöht. Die unterste Lohngrenze für Schreiner liegt nun bei 37 auf 38 Pf. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Pf. die Stunde.

**Wesfeld.** (Firma Th. & E. Wolters). Der Dampfheizlohn für Schreiner und Drechsler wird am 1. Januar von 43 Pf. auf 44 Pf. pro Stunde erhöht. Für Maschinenführer stellt sich der Dampfheizlohn auf 5 Pf. höher als bei der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze ist nun 1 Pf. niedriger als bei der Dampfheizlohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Pf. die Stunde. Auf Mitarbeiter findet die Lohnerhöhung fortgesetzt Anwendung.

**Wesf.** (Lapezierergewerbe). Am 1. Januar wird die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden herabgesetzt. Sonstiges ist eine Stunde früher beendet.

**Wesf.** (Nischlergewerbe). Vom 1. Januar beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 9 Stunden, die wöchentliche 54 Stunden und die tägliche 55 Stunden.

**Wesf.** (Kornmarktsabschl. von Houbert, Bergmann und Schatz & Co.). Die Preise für Holz-, Poststoffe etc., werden ab 1. Januar um 5% erhöht.

**Aus den Verbandsbezirken.**

**Vom heimischen Schwarzwalde.**

Die beabsichtigten Veränderungen des christlichen Arbeitervereins sind bei den Ortsverwaltungen christlicher Holzarbeiter veröffentlicht am 10., 17., 23., 24. und 30. November in Bilingen, St. Georgen, Furtwangen, Böhrnbach, Wälden und Trüben eine Reihe von Verhandlungen mit der Landesleitung: Der Bredener & Grilliche Gewerkschaftskongress und die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den geistigen und wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart. Nebenbei waren die Bezirksleiter Gungler, Schütz und Grilliche Reichsleitervereine und Schütz (Hörsing) vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter. Die Rede gab jeweils ein ausführliches Bild der Verhandlungen des Deutschen Gewerkschaftskongresses und ihrer

Bedeutung für die christlich-nationale Arbeiterschaft. Scharf wurde auch die Situation gekennzeichnet, in der sich die Arbeiterschaft in der Schwarzwalder Uhrenindustrie befindet. Aufgabe der Arbeiterschaft auf dem Schwarzwalde muss es sein, durch eine energische Agitationsarbeit ihre Reihen zu stärken und sich dadurch die Beschlüsse des Kongresses in materieller und ideeller Beziehung nutzbar machen. In den sich an die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses vollzugestimmten, wie auch die Referate mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Im Anschluss an die Versammlungen fanden am 17. und 24. November in Bilingen und Furtwangen Vorstände- und Vertrauensmännerversammlungen statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatten. Nur seitens der Bilingen Kollegen hätte die Beteiligung eine bessere sein dürfen. In eingehender Weise wurden in diesen Konferenzen, die zu gleicher Zeit eine Gelegenheit zur Schulung der Vorstände und Vertrauensleute sein sollten, die gewerkschaftliche Lage im allgemeinen und der auf dem Schwarzwalde im besonderen besprochen. Was die wirtschaftliche Lage auf dem Schwarzwalde anbelangt, so hat hier die Uhrenindustrie nicht die gleiche Entwicklung aufzuweisen wie die Metall- und Holzindustrie im allgemeinen. Trotz des sonstigen großen industriellen Fortschritts hat die Zahl der in der Uhrenindustrie beschäftigten Personen von 33 388 im Jahre 1895 bis zum Jahre 1907 nur eine Steigerung von 58 Personen auf 33 446 aufzuweisen. Das Konto des Fortschritts fällt hier ganz auf den württembergischen Teil der Industrie. Die Uhrenindustrie klagt besonders über mangelnden Rohstoff. Diese Klage ist nicht unberechtigt. Die christlichen Gewerkschaften sind gerne bereit, auch auf diesem Gebiet mit der Industrie Hand in Hand zu arbeiten. Das Interesse der Industrie ist hier auch Interesse der Arbeiterschaft. Dann muß aber auch die Arbeiterschaft, wenn sie ernstlich eine Hebung ihrer schlechten materiellen Lage auf dem Schwarzwalde will, selbst mehr eigene Arbeit entfalten. Die Hebung eines Standes ist in erster Linie Sache der Arbeiter selbst. Hierzu wurden dann eingehend die nächsten Aufgaben in der Agitation erörtert. Neben der allgemeinen Agitation gibt es besonders die Kleinarbeit — die Hausagitation — intensiv zu betreiben. Nur dann, wenn die Zahl der organisierten Kollegen eine größere ist, wird es uns gelingen, unsere Forderungen und Wünsche mehr Nachdruck zu verleihen. Diese Arbeit ist notwendiger als die Beteiligung an der Unmasse von Kleinvereinen, die leider auf dem Schwarzwalde in zu großer Zahl gehet werden, die aber dem Arbeiter nicht im geringsten vorantreiben. Meistens wird der Arbeiter nur von der Betätigung in der praktischen Ständearbeit abgehalten. Auch die gewerkschaftliche Schulung muß noch größere Fortschritte machen. Vor allen Dingen müssen die Kollegen pflichtgemäß die Versammlungen zahlreicher besuchen als es in den letzten Jahren auf dem Schwarzwalde üblich ist. Da ist der Ort der Schulung, der Aussprache, der Ort auch, wo wir uns wieder zur gewerkschaftlichen Arbeit im Interesse unserer selbst ansetzen und begeistern. Wenn diesem Uebelstand seitens der Mitglieder einmal abgeholfen, wird der Arbeitseifer der Vorstände und Vertrauensleute ein größerer sein, die Klage über schlechte Mitarbeit verfallen. Diese Arbeit zur Stärkung unserer christlichen Gewerkschaften ist Aufgabe und Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Von den Vertretern der einzelnen Orte wurden dann ihre Verhältnisse dargestellt. Den Darlegungen der Bezirksleiter über die zukünftigen Aufgaben wurde allseitig zugestimmt und zum Ausdruck gebracht, daß es höchste Zeit ist, daß die Kollegen auf dem Schwarzwalde, wenn sie nicht zu kurz kommen wollen an der wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung der Lebens- und Existenzverhältnisse, sie nun mit Energie und Ausdauer an die Arbeit, insbesondere auch an die Kleinarbeit gehen müssen. Wenn in diesem Sinne die Beschlüsse und Anregungen der Versammlungen und Konferenzen in allen Orten mit Nachdruck durchgeführt werden, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. An alle Kollegen und Kolleginnen auf den Höhen und Tälern des Schwarzwaldes ergeht nun der Ruf zur energischen Werbe- und Kufflarungsarbeit zur Stärkung unseres Verbandes.

**Aus dem rheinischen Bezirk.**

Seit Ende Oktober und während des Monats November haben im rheinischen Bezirk in den meisten Zahlstellen November Agitationsveranstaltungen stattgefunden. War doch die jetzige kritische Zeit mit ihren, alle Holzarbeiter interessierenden Fragen besonders geeignet, Appell abzugeben über die Zahl der treuen Mitarbeiter an Orte; es galt einen Rückblick zu werfen über das vergangene, die Gegenwart mit kritischem Blick zu würdigen, um dann mit neuem Eifer dem vorgeschriebenen Ziele zuzustreben. Unsere Erfolge auf wirtschaftlichen Gebieten, das eigenartige, ständige Wachsen unserer Mitgliedszahl, die Beschlüsse unseres Verbandstages, die kommende große Tarifbewegung, die planmäßig einzuleitende Winterarbeit geben reichhaltigen Stoff zur Behandlung. Eine größere Zahl agitatorischer Vorträge sollte sich ebenfalls in den Diensten des Verbandes gehalten, so daß gleichzeitig eine Reihe von Verhandlungen stattfinden konnten. Wie die Berichte zeigen, war der Verlauf durchweg ein guter und wurde der beabsichtigte Zweck erreicht.

Die Versammlung in Aachen war von den Kollegen zahlreich besucht. Durch die in den letzten Jahren erzielte erfreuliche Mitgliederzunahme, den dadurch hervorgerufenen günstigen Vertragsabschluss ist eine ganz andere Stimmung in die Kollegenschaft hineingekommen. Selbstbewußt und opferwillig der eigenen Kraft vertrauend, geht man auch an schwierige Aufgaben heran. Die Versammlung in Expen war von fast sämtlichen Mitgliedern besucht, ebenso war eine Anzahl nichtorganisierter Drechsler erschienen; acht Kollegen konnten neu aufgenommen werden, weitere sollen in Aussicht stehen. Auf dem vorletzigen, letzten Kampfe im Schneidergewerbe in Stalberg haben sich unsere Kollegen dort heute eine feste Position geschaffen, sind doch jetzt durchschnittlich die Löhne um circa 10 Pf. pro Stunde höher, als es vor dem Kampfe im vergangenen Jahre der Fall war. Die übrigen Kollegen an einem Orte haben es fast sämtlich in der Hand, die Arbeitslosigkeit am Orte zu regulieren und wenn diese sich ihrer Aufgabe bemächtigt hat, dann prallen alle Maßnahmen der Arbeitgeber wirkungslos ab, zwei Mitglieder wurden gewonnen. In Breinig war die öffentliche Versammlung von anderen christlichen Gewerkschaften zahlreich besucht und nahm einen schönen Verlauf, eine Kampagne war zu verzeichnen. Den letzten Akt an der großen Tarifbewegung nimmt man in Dären, da dort ebenfalls im nächsten Jahre, wenn auch etwas später, der Vertrag für das Schneidergewerbe abläuft. Inzwischen arbeiten die Kollegen dort recht eifrig an der weiteren Stärkung unseres Verbandes; auch die letzte Zahlstellenversammlung der Nichtorganisierten, der Erwerbliche Betrieb muß erobert werden. Im nahen Leubersdorf fand für die Holzarbeiter eine besondere Versammlung statt, welche ebenfalls gut besucht war. Hier und in der Umgebung gilt es noch viele Arbeit zu leisten, um auch für diese Orte baldigst bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse zu erlangen; zwei neue Mitglieder wurden gewonnen.

Die in Köln vorgeschene Versammlung wurde zur Generalversammlung umgewandelt und war fast besucht. Es galt die Stellung

zur großen Tarifbewegung zu nehmen und die Frage zu prüfen, ob für alle etwa vorkommenden Fälle die genügende Rüstung vorhanden sei. Der Verlauf der Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß die Mitglieder der Deputationsgruppe bereit sind, für die nachdrücklichste Wahrung ihrer Interessen die größten Opfer zu bringen. Die Versammlung in Wälden (H. H. H.) war gut besucht. Während die Organisations- und Arbeitsverhältnisse in der Holzbranche der Spezialbetriebe in Bonn und Umgebung nicht genannt werden können, steht es in den Schreinerbetrieben der Stadt selbst sehr böse aus. Jehnständige Arbeitszeit und Löhne von 45 Pf. und darunter für erwachsene Arbeiter sind noch ganz und gäbe. Hier ist noch sehr viel Arbeit zu leisten, wozu die in der Versammlung erschienenen Kollegen eifrig mitwirken wollen, welches die in der letzten Versammlung gefassten Beschlüsse in der Deputationsfrage beweisen. In Coblenz wurde betont, daß, solange Bonn nicht zu einer einheitlichen Regelung und Besserung der Verhältnisse im Schreinerbetriebe gelangt, es hier sehr schwer sein würde, weitere Verbesserungen zu erzielen. Ein Grund mehr für die Bonner, ihre Anstrengungen zu verdoppeln. Guter Wille zum Vorwärtstreben ist auch in Bonn vorhanden; allein in den dort vorherrschenden Küchenmöbelfabriken steht noch ein ganzer Teil der Arbeiter interesselos bei Seite. Hoffentlich gelingt es alsbald, bei diesen das rechte Ergeßnis zu wecken, damit sie nicht länger das Vorwärtstreben der Kollegen hindern können. In Euskirchen waren die Kollegen zahlreich zur Versammlung erschienen. Das einmütige Zusammenfallen, welches dieselben während der vor kurzem erfolgreich beendeten Lohnbewegung besaßen, muß auch in der Zukunft in derselben Stärke anhalten, damit das Errungene hochgehalten und zur gegebenen Zeit weitere Verbesserungen erreicht werden können.

Die Versammlungen im bergischen Land brachten nicht dasjenige, was von ihnen erwartet wurde, die Kollegen dort werden alles aufbieten müssen, um ihre erstrebten Ziele auf anderen Wegen zu erreichen. Zur Versammlung in Elberfeld war eine große Zahl von Einladungen an Nichtorganisierte ergangen, ohne daß ein direkter Erfolg zu verzeichnen war. Unsere Kollegen wollen jedoch beherzigt mit zäher Energie weiter arbeiten. Im Uebri gen fehlen eine ganze Anzahl Mitglieder, sowohl hier, wie auch in Barmen in der Versammlung. Da hier die Lohnbewegung durch die inzwischen erfolgte Vertragskündigung in vollem Gange ist, hätte man ein anderes Resultat erwarten dürfen. Gaben die Schreiner und Bandstuhlschreiner die früher geführten Kämpfe vergessen oder glauben sie, es sei ja jetzt noch nicht am Brennen? Frischköpfige Agitationsarbeit muß überall einsetzen. Nach dem hartnäckigen, beinahe halbjährigen Kampfe in der Stockindustrie in Wald wollen unsere Kollegen dort nunmehr mit neuem Eifer an die Arbeit gehen. Damit die entstandene Scharte in der Lokalkasse baldigst ausgewetzt wird, soll der Beitrag erhöht werden (ist inzwischen geschehen) und eine rege Hausagitation soll Ersatz für die abgewessenen und zum Militär eingetretenen Kollegen schaffen. Trotz des steinigen Bodens geht es in Remscheid, wenn auch langsam, so doch sicher vorwärts. Der im Sommer gefällige Vertrag brachte die langersehnte, einheitliche Regelung der Arbeitszeit und der sonstigen Arbeitsverhältnisse. Bei geschickter Ausnutzung der gegebenen Umstände kann ein weiterer Aufstieg nicht ausbleiben. Der in der letzten Zeit in unserer Zahlstelle in Wipperfurth eingetretene Aufschwung ist ins Stocken geraten. Die dortige Sperrholzfabrik von Gebr. Blant & Co. geriet in Konkurs und wurde infolgedessen das Werk II am Orte vorläufig still gelegt. Da inzwischen eine neu gebildete Gesellschaft den Betrieb übernommen hat, wird die Stockung wohl bald behoben sein. Die Wichtigkeit unserer Arbeitslosenfürsorge wird durch solche Vorkommnisse immer wieder ins Gedächtnis gerufen.

Die Versammlung in Düsseldorf hätte besser besucht sein müssen. Lag es daran, daß die vorhergehende Versammlung, welche Stellung zur Kündigung des Vertrages nahm, sehr stark besucht war, oder waren sonstige Gründe vorhanden? Jetzt in dieser kritischen Zeit müßten alle Organisationsveranstaltungen gut besucht werden. Innerhalb weniger Wochen wird auch für Düsseldorf die Entscheidung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Jahre fallen. Trotzdem in Reuß die Löhne und die sonstigen Verhältnisse der Holzarbeiter noch Vieles zu wünschen übrig lassen, hat sich bisher ein größerer Teil der Arbeiterschaft der Organisationspflicht entzogen. Wie lange noch wollen diese Außenseiter das Vorwärtstreben der organisierten Arbeiter hemmen? Zähle Arbeit muß hier noch geleistet werden. Die Versammlung in M. Gladbach litt unter dem unpünktlichen Kommen und nachher unter dem frühzeitigen Weggehen mancher Mitglieder, derartige Untugenden müßten endlich ausgerottet werden. Daß noch viele Arbeit auf tariflichem Gebiete zu leisten ist, zeigte recht die am 15. September d. B. Vertrag einzuführende 9 1/2 St. Arbeitszeit mit entsprechender Lohnerhöhung. Eine große Zahl von Meistern mußte erst in ernstlichster Weise an ihre Pflicht erinnert werden, ehe sie sich zur Einhaltung des Vertrages verstehen konnten. So recht deutlich zeigt sich hier die Wahrheit des Sages: Nicht nur zum Abschluß, sondern auch zur Durchführung eines Vertrages ist eine geschlossene Organisation notwendig. In Rheydt hat die Organisationsbewegung in den letzten Jahren einen guten Aufschwung genommen, sodas auch hier die Kollegen daran denken, baldigst vertraglich geregelte Verhältnisse einzuführen. Dieses ist umso notwendiger, als M. Gladbach und Rheydt sowohl wirtschaftlich als örtlich derart eng miteinander verbunden sind, daß auf die Dauer auch die Vertragsverhältnisse einheitlich geregelt werden müssen. Die Versammlung war gut besucht und konnten einige neue Mitglieder gewonnen werden. Rrefeld steht vor der Erneuerung seines Vertrages im Schneidergewerbe. Da der alte Vertrag noch erhebliche Mängel aufweist, gilt es mit aller Energie die Vorarbeiten zu einem günstigen Neuabschluss zu betreiben. Der Lokalkaufschlag ist dem entsprechend bereits erhöht worden, eine rege Werbelustigkeit hat bereits begonnen und muß von allen Mitgliedern energig gefördert werden. Die Versammlung, welche stark besucht war, nahm trotz des Fehlens des vorgesehenen Referenten für welchen erst am letzten Tage Ersatz geschaffen werden mußte, einen sehr anregenden Verlauf. Auch in Uerdingen, wo sonst der Versammlungsbesuch manchen zu wünschen übrig läßt, hatten sich die Mitglieder zahlreich eingefunden. Der Referent besprach in eingehendster Weise die Verhältnisse im Waggonbau im allgemeinen und in anderen Waggonfabriken im besonderen, welche er aus langjähriger, eigener Erfahrung her kannte, sodas sich eine rege Diskussion entsaltete und die Versammlung einen sehr anregenden Verlauf nahm. Die gemachten Vorschläge zur weiteren Agitation im Zahlstellengebiet werden hoffentlich allseitig befolgt. In Duisburg haben wir das typische Bild der Entwicklung einer modernen Industriestadt. Im Jahre 1900 noch 92 000 Einwohner zählend, ist dieselbe inzwischen durch Eingemeindungen und eigenes Wachstum auf 229 000 im Jahre 1910 angewachsen. Der Verkehr in den Duisburger Hauptorten Rheinfelden ist nur um ein kleines geringer, als in den übrigen 16 Rheinorten zusammen genommen und betrug im Jahre 1910 fast 19 Millionen Tonnen. Hier haben unsere Kollegen in den letzten Jahren durch unermüdete, ausdauernde Arbeit ihre Mitgliedszahl

rezalkommission der "freien" Gewerkschaften, der nach der "Gautier-Stellung" ... wie das ja auch nicht anders möglich, "eine glänzende Jungferreise" hieß, "ausgeschiedene Darle-

Berschiedenes.

Vom Delmenhorster Zinoleum. Fast 50 Jahre sind es her, seitdem das erste Zinoleum an den Markt kam. In England wurde es im Jahre vom Pederik Walton erfunden. 1864 gründete er in England die erste, noch heute bestehende Zinoleumfabrik, welche 20 Jahre hindurch allein mit Zinoleum auf dem Weltmarkt vertreten war. Am 20. Juni 1882 wurde in Delmenhorst die erste deutsche Zinoleumfabrik (jetzige Firma "Deutsche Zinoleumwerke "Gania") gegründet. Ihr folgte im Jahre 1892 die Delmenhorster Zinoleumfabrik "Antermarke" und einige Jahre später die Bremer Zinoleumwerke "Schlüsselmarkte". Daß als Stütz der Zinoleumindustrie Delmenhorst bevorzugt ist, liegt an den örtlichen Verhältnissen. Delmenhorst ist seit zwei Jahrhunderten der Sitz einer blühenden Korkeindustrie, die früher nur als Hausindustrie betrieben wurde, jetzt aber auch in erheblichem Umfange mit Maschinen arbeitet. Die Landleute in der Umgegend von Delmenhorst, die die Korkeindustrie mit der Hand betreiben, bekommen das Korchholz ins Haus geliefert, schreiben Rollen daraus und liefern die fertige Ware mit den Abfällen an die Korkefabriken ab. Hier hat sich also eine gute Gelegenheit, die Korkeabfälle, die früher verbrannt wurden, zu verwerten. Es ist heutzutage für den Aufschwung der Zinoleumindustrie, daß heute große Rollen Korkeabfälle vom Auslande eingeführt werden müssen, da die heimische Produktion längst nicht mehr den ganzen Bedarf Delmenhorsts decken kann. Diese Korkeabfälle bilden einen der Hauptbestandteile der Zinoleumfabrikation. Sie werden zu einem feinsten Pulver vermahlen. Der zweite Hauptbestandteil ist oxydierter Kainit, das mit Kloride-Kopal, einem aus Neuseeland stammenden fossilen Harz, zusammen gesetzt, den Zinoleum-Zement bildet. Dieser wird im Mischhause mit Korkmehl und Farbe automatisch vermengt, vermischt, und verrieben, um dann im Fabrikationsraume auf 2 Meter breite Zulebähnen aufgetragen zu werden. Heiße Walzen sämeln es und pressen den aufgetragenen Stoff und glätten die Oberfläche. Das fertige Zinoleum verbleibt bis zur völligen Austreifung noch eine gewisse Zeit in Trockenhäusern, wo es an quer durch die Räume laufenden Hängebalken hängend aufgehängt wird, und kommt dann in die Lagerhäuser, von wo es seinen Weg durch ganz Deutschland, durch Europa, ja, sogar nach Amerika und Australien nimmt. Delmenhorster Zinoleum besitzt heute Weltreife.

Aus der Bewegung.

Ölün. Wir stehen gegenwärtig schon in der Vorarbeit für die kommende Tarifbewegung. Mit Genehmigung können wir feststellen, daß unsere Kollegen sich des Ernstes der kommenden Situation bewusst sind und eifrig an der Stärkung unserer Sektion arbeiten. Wir hoffen, in der nächsten Nummer der Bewegung mehr über die Tarifbewegung mitteilen zu können. — So bitter noi die Enge aller Stellen legern ist, so unverkennbar ist uns, daß Mitglieder des jold. Verbandes dazu übergehen, unsere Organisation wegen ihrer angeblich schlappen Haltung beim Abschluß des jetzt noch laufendsten Vertrages zu verabschieden. Wurde doch in einer Tarifkonferenz die Behauptung aufgestellt, der Tarif sei deshalb nicht voll und ganz entsprechend den Wünschen der Kollegen ausgefallen, weil der Kontraktstand des christlichen Verbandes die Genehmigung zum Streik verlag habe, und lebende Personen erklärten, daß sie es unter keinen

Umständen wegen der vorhandenen Differenzpunkte zum Ausstand kommen stehen. Wir stellen nach eingehenden Erkundigungen fest, daß diese Behauptungen frei erfunden wären und weisen dann in der Tagespresse die Angriffe gegen unseren Verband zurück. Nun aber kommt das sozialdemokratische Blatt Öölün, die "Kleinische Zeitung", und veröffentlicht eine Erklärung des sozialdemokratischen Kapazierverbandes, in der es heißt, "daß die christliche Zentralleitung während der Kartierhandlungen im Jahre 1910 auf einer Konferenz in Düsseldorf tatsächlich eine beratige Erklärung abgegeben hat". Diese Behauptung wird nicht wahr, und wenn sie noch so oft wiederholt wird. Wir stellen fest: An der fraglichen Konferenz in Düsseldorf haben außer unserem Zentralvorsitzenden Kollegen Kurfisch teilgenommen unsere Sozialbeamten von Ölün und Essen, die Kollegen Bacher und Muff. Es ist keinem von den drei Kollegen eingefallen, zu erklären, unser Verband würde es wagen der Differenzpunkte nicht zum Streit kommen lassen. Die Kollegen haben vielmehr die anwesenden Vertreter des sozialdemokratischen Kapazierverbandes in ausgiebiger Weise zu Wort kommen lassen und dann lediglich dem zugestimmt, was in diesem Falle der sozialdemokratische Verband als die zumeist beteiligte Organisation, in Voranschlag brachte. Doch des weiteren darüber zu sprechen, hat in der gegenwärtigen Zeit gar keinen praktischen Wert. Wir erklären die Behauptung in der "Kleinischen Zeitung" für drei erfunden, gestunken und gelogen, und damit ist die Sache für uns erledigt.

Wort. Die gute Ermittlung der christlichen Gewerkschaften hier am Ort hat auch die Kapazier veranlaßt, der gewerkschaftlichen Organisation ein größeres Interesse zuwenden. Wir konnten infolgedessen eine Anzahl Kollegen für unseren Verband gewinnen und zur Bildung einer Sektion übergeben. Wir sind uns bewußt, daß die Organisation hier am Ort noch eine große Aufgabe zu erfüllen hat. Wie auch in fast allen anderen Bezirken, so liegen auch im Kapaziergewerbe die Verhältnisse infolge der bisher sehr mangelhaften Organisation der Arbeiter, noch sehr im Argen. Daß die Lebensbedingungen ansteigt, so sind die Öölün Arbeiter demgegenüber ziemlich teuer daran. Die Plätze der Großstadt Ölün (die Warenpreise sind in beiden Städten gleich) sowie der Charakter Boms als Universitäts- und Minersstadt, deuten schon darauf hin, daß wir nicht mit besonders günstigen Verhältnissen für die Arbeiter zu tun haben. Es erwächst uns deshalb noch eine reiche Arbeit, die um so besser geleistet werden kann, wenn die Reihen der organisierten Kollegen möglichst geschlossen werden. Je mehr Kräfte zur Verbesserung der Verhältnisse am Werte sind, um so eher wird das gelingen. Mögen deshalb unsere Kollegen unermüdet neue Mitarbeiter für unsere Organisation werden.

Erklärung. In der Augustnummer der Zeitschrift "Die Vereinigung", habe ich unter der Rubrik "Aus der Bewegung" auf einen Versammlungsbericht, verfaßt von Herrn Haemisch, geantwortet. Ich erkläre, daß ich die in diesem Artikel gegen Herrn Haemisch erhobene Beschuldigung mit Bedauern zurücknehme, weil sie sich nicht aufrecht erhalten lassen.

Die Enstehungsurkunde obiger Erklärung, wurde bereits in der Novembernummer der "Vereinigung" veröffentlicht. Die Sache liegt bekanntlich so, daß unser Kollege Schneider-Essen aus den Kreisen des sozial. Kapazierverbandes schwer verurteilt wurde. Die in einer Versammlung des sozial. Verbandes ebenfalls vorgebrachten Verleumdungen, hat Haemisch als Schriftführer der selben Zehlfache durch einen Versammlungsbericht im Kapazierverband weiterverbreitet. Strömungsverweise war nun Haemisch in der "Vereinigung" als Verleumder, d. h. als Verbreiter der Verleumdungen, bezeichnet worden. Diese Verleumdung konnte nicht aufrecht erhalten werden, da es nicht der Wahrheit entspricht, nur weiterverbreitet hat. Da es unmöglich ist, nachzuweisen, ob er vor der Veröffentlichung seines Artikels im Korrespondenzblatt die Wahrheit über den Fall Schneider gekannt, wäre das Gericht zweifelsohne zu einer Verurteilung gelangt. Wir haben nicht das Bedürfnis zu der Verurteilung mit Arbeitsergebnisse zu dienen. Deshalb wurde obige Erklärung der Verurteilung vorgelesen.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Jansen, Öölün, Pflanzstraße 14.

Die Vereinigung

Dezember. :: Monatschrift der christlich organisierten :: 1912 :: Postler und verwandter Berufsangehöriger

Am Jahreschluß.

Wiederum stehen wir an der Jahreswende. Rückwärts schauend, prüfen wir, was uns das Jahr gebracht, ob es das gesalken, was wir uns von ihm versprochen. Wir sind vorwärts gekommen in unserer Bewegung! Ist das erste Resultat unserer Rückschau. Freilich, unsere Arbeit war keine leichte. Im steten Kampfe mit dem Gegner haben wir bisher schon Fuß für Fuß Terrain für unsere Organisation erobert müssen. Aber trotzdem haben wir nicht verzagt. Die im Jahre 1912 neugebildeten Sektionen in Bochum, Paderborn und Bonn legen Zeugnis ab von den Fortschritten, die wir erzielten. Das auch die schon bestehenden Sektionen eine Vermehrung der Mitgliederzahl brachten, konnte eine Befriedigung auf der Essen-Konferenz der Kapaziersektionen festgestellt werden. Mögen nur unsere Gegner weiter über die "151" spötteln, sie machen sich dadurch nur selbst lächerlich. Wenn sie die Zahl mehrfach multiplizieren, werden sie immer noch nicht an die Wirklichkeit herankommen. Freilich soll auch nicht verkant werden, daß hier und dort von unseren Kollegen eine größere Regsamkeit hätte erwartet werden können. Wenn's nicht der Fall war, so wollen wir doch hoffen, daß es dem auf der Essen-Konferenz neuverwählten Zentralauschuß gelingen wird, diese Kollegen im kommenden Jahre besser an die Arbeit zu bringen.

Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Hauptzweck unserer Organisation, führe im jetzt abgelaufenen Jahre nicht so viele Bewegungen herbei, als das in früheren Jahren der Fall war. Erklärt sich dieses doch daraus, daß die größere Zahl unserer Kollegen noch unter Kapazierträgen arbeiteten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt ablaufen. Wie auf dem Verbandstage in Bamern mitgeteilt, hat der Verband in seiner letzten Berichtperiode 14 Kapazierträge für die Kapazierkollegen abgeschlossen. Im Jahre 1912 waren es nur die Kollegen in München und Frankfurt, die in Kapazierbewegungen standen. In beiden Fällen kam es zum Abschluß.

Das Jahr 1912 dürfte, was die Lohnbewegungen anlangt, etwas lebhafter werden. Schon stehen die Kollegen von Ölün und Essen mitten in der Bewegung. Hoffen wir, daß uns das neue Jahr gute Erfolge bringt. Die Erfolge werden gewiß um so größer sein, je mehr die Kollegen auf die Stärkung ihres Verbandes bedacht sind. Mögen sich deshalb alle Berufsmitglieder, die sich in unserer Organisation zusammengefunden haben, ihrer Pflicht bewußt sein.

Ein Vergleich.

Die Unternehmenseinrichtungen der Gewerkschaften können nicht in allen Verbänden über einen Leisten geschlagen sein. Es wird bei deren Festlegung immer zu berücksichtigen sein, welche Bedürfnisse am ehesten zu befriedigen sind, und welche Einrichtung sich mit der Finanzgebarung des Verbandes in Einklang bringen läßt.

Berücksichtigt wird nur seitens der Agitatoren des jold. Kapazierverbandes darauf hingewiesen, daß unsere Organisation niedrigere Unternehmungen jagte als der "freie" Verband. Selbst wenn das der Fall wäre, dürfte das für kein Mitglied unterer Organisationen ein Grund sein, dem Verbande den Rücken zu kehren. Denn die Unternehmenseinrichtungen sind in gewerkschaftlichen Organisationen immer nur Neben- und Mittel zum Zweck. Da aber immerfort mit den höheren Unternehmungen des roten Verbandes agitiert wird, sei in folgendem ein Vergleich der beiderseitigen Unternehmenseinrichtungen gegeben.

Vorweg sei bemerkt, daß der statutarische Beitrag des sozialdemokratischen Kapazierverbandes pro Woche 60 Pf. beträgt; hingegen in unserer Organisation nur 50 Pf. Es beträgt die Arbeitslosenunterstützung im Zentralverband christlicher Sozialarbeiter (resp. im jold. Kapazierverband) nach 52 Beiträgen 6 M. die Woche, Höchstbeitrag 42 M. (6 M. — 48 M.); nach 104 Beiträgen 7 M., Höchstbeitrag 49 M. (6 M. — 48 M.); nach 130 Beiträgen 7 M., Höchstbeitrag 49 M. (6 M. — 48 M.); nach 156 Beiträgen 8 M., Höchstbeitrag 56 M. (7,50 M. — 60 M.); nach 208 Beiträgen 9 M., Höchstbeitrag 63 M. (9 M. — 72 M.); 260 Beiträge 10 M. — 70 M. (9 M. — 72 M.); 312 Beiträge 11 M. — 77 M. (9 M. — 72 M.); 364 Beiträge 12 M. — 84 M. (9 M. — 72 M.). Obgleich die Unternehmungsbauer in unserem Verbands nur 7 Wochen nicht gegen 8 im sozialdemokratischen Verband, ist doch der Höchstbeitrag der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands um 12 M. höher. Dazu wird im jold. Verbands die Arbeitslosenunterstützung bei Mitgliedern, die sich auf Reise begeben, verrechnet. In unserem Verbands ist das nicht der Fall. Als Gegenleistung gewährt indes der jold. Verband die Arbeitslosenunterstützung schon nach drei Karenztagen; bei uns jedoch sechs Karenztage vorgezogen.

Die Reiseunterstützung beträgt in ihrer Endsumme bei 52 Beiträgen (bei jungen Kollegen, die direkt nach beendetem Lehrtät eingetreten sind, bei 26 Beiträgen) 42 M. (pro Tag 1,00 M.) 42 Tage lang. Der Kapazierverband zahlt bis zu 15 M. für ausgelehrte Kollegen, bis zu 48 M. nach 52 Beitragswochen. Im jold. Verband sind nur drei Stufen vorgezogen. Außer der genannten gibt es eine Stufe mit 130 Beiträgen — Höchstbeitrag 72 M. In unserem Verbands gibt es außer der 52 Wochenstufe noch solche von 104 Wochen — 49 M. Höchstbeitrag: 156 Wochen — 56 M.; 208 Wochen — 63 M.; 260 Wochen — 70 M.; 312 Wochen 77 M.; 364 Wochen — 84 M. Der jold. Verband acht in einer Reihe von Großstädten zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit noch eine Ausnahmestufe von 1 M., die mit der Reiseunterstützung verrechnet wird.

Die Krankenunterstützung ist in unserem Verbands bedeutend besser ausgebaute wie in der sozialdemokratischen Organisation. Sie wird bereits nach einer Karenzzeit von einer Woche gewährt, also von der zweiten Woche ab. Der sozialdemokratische Verband zahlt die Krankenunterstützung erst nach einer Karenzzeit von vier Wochen, also von der fünften Woche ab. Bei uns währt die Unternehmungsbauer 14 Wochen, im sozialdemokratischen Verbands nur 10 Wochen. Segeter



verdoppelt. Jedoch kein Ausstrühen, kein Rasten auf dem Erworbenen darf es geben, unaufhörlicher Fortschritt muß die Parole sein. Im nächsten Jahre kommt der Schreinerertrag zum Ablauf; Nichtorganisierte sind in den einzelnen Branchen und unter den angelernten Arbeitern noch viele vorhanden. Die Versammlung war gut besucht. Dasselbe gilt von denjenigen im nahen Oberhausen. Hier sind im Verhältnis zu Duisburg nur wenige Holzarbeiter beschäftigt, welche meist organisiert sind. Dieses gilt jedoch nicht von dem großen industriellen Werte dort, von der Guten Hoffnungshütte, wo noch viele Organisationsarbeit zu leisten ist.

Von hier aus ging es zum engeren, niederrheinischen Gebiete und zwar nach der alten Festungsstadt Wesel. Hier haben unsere Kollegen in diesem Sommer im Schreinerergewerbe einen dreiwöchentlichen Lohnkampf geführt, welcher ihnen dann eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden pro Woche und eine Lohnerböschung von 7 Pfg. pro Stunde erbrachte, neben den sonstigen Verbesserungen. Nur durch strenge Disziplin war es möglich, ein solch günstiges Ergebnis zu erzielen. Wann werden die zahlreichen Arbeiter der Klavierbranche hieraus die Lehre ziehen und sich ebenfalls Vertragsverhältnisse erringen. Zur Versammlung waren von unserem rührigen Vorstande Einladungen an eine Anzahl Lehrlinge ergangen, welche erreutlicher Weise erschienen waren und mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten folgten. In der alten Stadt Emmerich a. Rhein findet die Gewerkschaftsbewegung einen sehr steinigen Boden. Trotzdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse speziell im Holzgewerbe noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist der Indifferenzismus noch sehr groß. Tag für Tag bringt die Kleinbahn von der nahen holländischen Grenze her Hunderte von gelehrten und ungelerten ausländischen Arbeitern nach Emmerich, welche für den Organisationsgedanken nur sehr schwer zu gewinnen sind. Zähne und ausdauernde Arbeit ist hier noch von den organisierten Kollegen zu leisten, um gegenüber anderen Orten des Niederrheins nicht gar zu weit zurückzubleiben. Die Versammlung in Cleve war gut besucht. Haben doch die Vorgänge in diesem Jahre gezeigt, wie notwendig die gewerkschaftlichen Tugenden gepflegt werden müssen, wie es gilt, das Erreungene zu erhalten und neue Positionen zu erobern. Die Betriebsversammlung der Holzbearbeitungswerke von A. van den Berg war ebenfalls gut besucht. Neben der Besprechung der allgemeinen Situation wurden spezielle Betriebsangelegenheiten erörtert. Dem angeregten Wunsche, demnächst eine besondere Versammlung in Neuen abzuhalten, wird entsprochen werden. Die anwesenden 10 nichtorganisierten Kollegen ließen sich aufnehmen. Beschlossen wurde, weitere energische Werbearbeit zu leisten. In Goch stehen unsere Kollegen wie in Steve vor dem baldigen Ablauf des Vertrages im Schreinerergewerbe. Da gilt es heute schon alle Vorbereitungen zu treffen, damit man nachher nicht von den Ereignissen überrastet werden kann. Einzelne Vorgänge auf der Margaretenfabrik, sowie in der Pinselfabrik von Belling, sorgen ebenfalls dafür, daß das gewerkschaftliche Interesse unter den Mitgliedern nicht erlahmen kann. Ernste Gewerkschaftsarbeit ist noch im nahen Weeze zu leisten. Eine große Anzahl von gelehrten und ungelerten Arbeitern steht noch der Organisation fern. Mit Maßregelungen, Verprügungen und Ausstellung von Prämien für Nichtorganisierte hat man hier seit Jahren die Organisation bekämpft. Was haben die Maschinenarbeiter der Firma G. Geenen davon gehabt, daß sie damals um einer Lohnerböschung von 10 Pfg. pro Tag willen, ihr Organisationsrecht aufgaben, wie stehen sie heute in ihrem Lohn gegenüber organisiertem Maschinenarbeiter in anderen Orten zurück! Können die von der Firma Geenen Gebrauchen angeklagten Prämien den Sägearbeitern eine wirkliche Lohnerböschung und die Aufgabe ihrer geistlich gewährleisteten Rechte ergeben? Auch hier wird es noch einmal Tag werden. Die letzte Versammlung, welche in Kevelaer stattfand, sollte Gelegenheit geben zur Prüfung, ob der nach zehnwöchentlichem Kampfe mit den Meistern abgeschlossene Vertrag auch überall eingehalten werde, was im allgemeinen konstatiert werden konnte. Wo noch Vorstöße gemeldet, wurde sogleich das Nötige veranlaßt. Erfreulich ist das einige und geschlossene Zusammenhalten der Mitglieder, welches denselben ja auch den Erfolg in dem hartnäckigen Kampfe trotz vieler Hindernisse gebracht hat. Eine größere Zahl von nichtorganisierten Buchbindern hatte sich zu unserer Versammlung eingefunden und konnten dieselben nach den eingehenden Darlegungen des Referenten fast sämtlich für den Graphischen Verband gewonnen und im weiteren Verlaufe eine Zahlstelle des Verbandes errichtet werden.

Hiermit wären wir am Schlusse unseres Berichtes angelangt. Derselbe soll dazu dienen, das Interesse der Zahlstellen und der einzelnen Mitglieder zu wecken; soll sie bekannt machen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen im Gewerbe, sowie mit den Kämpfen und Schwierigkeiten, welche überall, wenn auch im verschiedenen Maße zu überwinden sind. Derselbe soll erneut anspornen zu eblem Wettbewerbe um die Förderung und Ausbreitung unseres Verbandes. Jede Zahlstelle, jedes Mitglied muß mithelfen das von unserem Verbandstag aufgestellte vorläufige Ziel von 20 000 Mitgliedern baldigst zu erreichen. Vorwärts auf der ganzen Linie! muß die Parole lauten.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Wiedenbrück.** Eine der wenigen Zahlstellen unseres westfälischen Bezirkes, die noch keine besonderen Erfolge bei der allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen hat, ist unsere Zahlstelle. Es hat dieses seinen Grund darin, daß in unserem Orte, wo die Holzindustrie ziemlich Bedeutung hat, noch so viele Kollegen abseits der Organisation stehen. Dieser Umstand war Gegenstand der Beratung unserer letzten Mitgliederversammlung, in welcher unser Bezirksleiter uns einen Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung der Berufsorganisation hielt. Ausdauer und zähes Festhalten an den einmal begonnenen Bestrebungen, so führte der Referent aus, werden und müssen, wie überall, so auch in Wiedenbrück dahin führen, daß das Recht des Arbeiters zur Geltung kommt. Auch schon in anderen Orten hat es lange gedauert, bis unser Einfluß so weit gebieten war, daß mit neuem Eifer die Bestrebungen der Gewerkschaften gefördert werden konnten. Es braucht nur auf das nahegelegene Lippstadt verwiesen zu werden, um ein Beispiel zu haben, was durch zähe Ausdauer erreicht werden kann. Es herrsche darum auch nur eine Meinung in der Versammlung und zwar die, unentwegt festzuhalten an unserem Verbands und durch unermüdete Werbearbeit die noch abseitsstehenden Kollegen zu gewinnen. Im Laufe dieses Winters sollen durch auswärtige Referenten Vorträge gehalten werden, damit wir auch in die Lage versetzt werden, allen uns gestellten Aufgaben in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gerecht zu werden. Gerade in Wiedenbrück, wo wir Holzarbeiter fast die einzige Arbeitergruppe bilden, die gewerkschaftliche Arbeit zu leisten hat, ist eine gute

Schulung die Hauptbedingung. Mögen daher die Kollegen sowohl bei der Hausagitation, wie auch in den Versammlungen ihren Mann stellen. Wir wollen und wir müssen vorwärts kommen!

**Sohne i. D.** Am Sonntag den 24. November fand im Hotel zur Post unser Kartellfest statt. Fast sämtliche Kollegen waren mit ihren Angehörigen erschienen. Als Gäste nahmen an der Feier teil der Bürgermeister und Gemeindevorsteher, sowie der Präses und Vizepräses des kath. Arbeitervereins. Die Festrede wurde gehalten vom Kartellvorsitzenden Kollegen Dammann. Redner behandelte das Thema: Organisiert euch, schließt euch zusammen! Zunächst wurde die Entstehung und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften geschildert, dann kennzeichnete Redner die Gründe, warum jeder Arbeiter christlich-organisiert sein muß. Begeistender Beifall lohnte den Vortrag und bekundete, daß alle Anwesenden voll und ganz auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften standen. Beachtenswert waren auch die Worte des Herrn Arbeitervereinspräses, Kaplan Stegemann, der immer für unsere Sache eingetreten ist. Er wünschte den christlichen Gewerkschaften glückliches Wachstum und Gedeihen und besprach er dann die päpstliche Enzyklika. — Zum guten Verlauf des Festes trugen bei, der von einem Kollegen verfaßte Prolog, sowie ein Gedicht, worin Zweck und Berechtigung der christlichen Gewerkschaften gefeiert wurden; Musik und Theater festelten selbstverständlich auch nicht. Sämtliche Spicler leisteten Vorzügliches. Am Schlusse des Festes forderte der Vorsitzende alle Mitglieder auf, fest und treu zum Verbands zu stehen und für denselben zu agitieren. Damit fand die schöne und programmäßig verlaufene Feier ihr Ende. Möge das Fest seinen Zweck nicht verfehlen, nämlich, daß auch die Angehörigen der Mitglieder unsere Sache verstehen lernen und dieselbe fördern helfen. Die Mitglieder selbst möge das Fest von neuem in ihrer Ueberzeugung gestärkt und zu neuer Arbeit begeistert haben.

**Kunberg.** Am Sonntag den 8. Dezember fand unsere Generalversammlung statt. Zahlreich waren die Kollegen erschienen, galt es doch für das Kampfsjahr 1913 eine neue Vorstandschait zu wählen. Als 1. Vorsitzender wurde unser bisheriger bewährter Kollege Fruth mit sämtlich abgegebenen Stimmen gewählt. Derselbe nahm zur Freude aller Kollegen die Wahl wieder an. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Ruppert wieder gewählt. Die übrigen Verwaltungsmittelglieder wurden, nachdem sich kein Widerspruch erhob, durch Zufall gewählt: 1. Kassierer Kollege Lotter, 2. Kassierer Kollege Schneider, 1. Schriftführer Kollege Gärtler, 2. Schriftführer Kollege Jgnaz Linsenmeier. Nachdem die Wahl beendet war, erstattete Kollege Andreas Linsenmeier ein Referat über das Kampfsjahr 1913; der Vortrag wurde von den Kollegen sehr beifällig aufgenommen. Mögen alle Kollegen aus den Ausführungen die Nutzenwendung ziehen, eifrig und unentwegt zu agitieren, bis der letzte indifferente Kollege unserem Verbands angegeschlossen ist, damit wir einem eol. Kampfe getroßt entgegen sehen können. Möchten aber in Zukunft alle Kollegen auch die Versammlungen so gut besuchen wie das bei unserer Generalversammlung der Fall war.

**Korbmacher.**

**Grauelshamm.** Ueber „Wichtige Fragen der sozialen Versicherung für die hiesigen Korbmacher“ sprach in einer am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung Kollege Schmitz-Freiburg. Nachdem jetzt die Korbmacher sich in der Organisation zusammen geschlossen haben, ist es möglich, auf den verschiedensten Gebieten die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. So bringt die Reichsversicherungordnung auch für die hiesigen Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung manche Verbeßerung, manche Verbesserung. Diese den Arbeitern in vollem Umfange nutzbar zu machen, wird eine wichtige Aufgabe für die Organisation und der angeschlossenen Arbeiter sein. Bislang waren die hiesigen Arbeiter in der Gemeindefrankenkasse versichert. Da der für hier festgesetzte ortsbliche Tagelohn erwachsener Arbeiter nur 2.20 M. beträgt, die Gemeindeversicherung aber nur die Hälfte dieses Tagelohnes als Krankengeld gewährte, so erhielten die Arbeiter im Fall der Krankheit nur 1.10 M. pro Tag Krankengeld. Da durch die Reichsversicherungordnung die Gemeindefrankenkassen beiseite gelassen werden, so ist hier in Zukunft mit anderen Verhältnissen zu rechnen. Landfrankenkassen aber werden in Baden nicht errichtet, sodas hier künftig mit einer Ortskrankenkasse zu rechnen ist. Nach einem Schreiben des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern an den Vorsitzenden der Kommission für Justiz und Verwaltung der 2. Kammer der Landstände dürfte für das Amt Keßl., zu welchem Grauelshamm gehört, eine Ortskrankenkasse in „Ausicht zu nehmen sein“. Im Amt Keßl waren am 31. Dezember 1910 4275 Mitglieder von Ortskrankenkassen und Gemeindefrankenkassen vorhanden. Durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die industrielle Durchsetzung dürfte aber diese Zahl sich bis heute wesentlich erhöht haben. Ebenso dadurch, daß sich der Kreis der Versicherungspflichtigen auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherung erweitert hat. Allerdings unterstanden im Großherzogtum Baden bisher die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, wie auch die Diensthöten bereits der Versicherungspflicht. Immerhin kommt hierzu die Ausdehnung auf die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bäckereien und Druckereimittelern, Lehrern und Erziehern, Hausgewerbetreibende, auf die unabhängig und im Wandergewerbe Beschäftigten. Ferner durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze von 2000 auf 2500 M. Jahresverdienst, wie auch durch die Auflösung der Betriebskrankenkassen mit weniger als 100 Mitglieder. Also ist wohl mit einer erheblichen Erhöhung der Zahl der Versicherungspflichtigen zu rechnen. Nun waren am 31. Dezember 1910 im Amt Keßl 2 Distrikts-Gemeindefrankenkassen, 24 Gemeindeversicherungen, 1 Ortskrankenkasse, 3 Betriebs- und 1 Freie Hilfs-Kasse die Träger der Versicherung. Da wird die Zukunft lehren müssen, ob mit einer Ortskrankenkasse auszukommen ist, oder ob nicht zweckmäßig für den ausgedehnten Arbeitsbereich eine zweite Kasse errichtet werden soll. Hier geeignete Schritte zu tun, wird Aufgabe der Organisation in Verbindung mit den Arbeitern sein müssen. Da nun ein oder zwei Ortskrankenkassen errichtet werden, auf alle Fälle ergeben sich dadurch für die Arbeiter wichtige Änderungen. Die Arbeiter werden in Zukunft bei der Verwaltung der Kasse, also bei der Regelung wichtiger Fragen, welche die Versicherung der Arbeiter betreffen, ein Wort mit zu reden haben, auf die Verwaltung ihren Einfluß geltend machen können. Während bislang bei der Gemeindeversicherung das Bürgermeisteramt die Verwaltung besorgte, treten nunmehr als Verwaltungsorgane Ausschuss und Vorstand der Ortskrankenkasse in Kraft. Der Ausschuss aber wird von dem Versicherten, der Vorstand von dem Ausschuss gewählt. Sodann kommt in Betracht, daß bei den Ortskrankenkassen bedeutend höhere Leistungen vorgesehen sind, daß durch die Verwaltung über die Regelleistungen bedeutend hinausgegangen werden kann und im Interesse der Arbeiter also manche weitere Verbesserung geschaffen werden kann. Aus diesen kurzen Andeutungen also ergibt sich, daß neben anderen sehr wichtigen Aufgaben, auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung wie überhaupt auf dem Ge-

biete der Arbeiterschutz- und Versicherungsgegebung, für die Arbeiter bedeutensame Aufgaben zu erfüllen sind; daß die Arbeiter bei der Erledigung auch dieser Aufgaben ein gemächliches Wort mit zu reden haben; daß auch hier eine gesunde Interessenvertretung der Arbeiter notwendig ist. Alles dieses aber wird nur erreicht werden können, wenn die Arbeiter zusammenstehen, wenn sie durch die Organisation geschult und mit den einschlägigen Fragen vertraut gemacht werden, wenn die Arbeiter in der Organisation planmäßig und einmütig die Regelung der für sie so wichtigen Fragen in die Hand nehmen. Auch hier ist der Einzelne machtlos. Die Einzelmeinungen müssen zu möglichst machtvollen Kundgebungen vereinigt werden. Und daraus ergibt sich dann aber auch weiter die Notwendigkeit der Organisation für die Korbmacher des hiesigen Bezirkes. Mögen daher alle Kollegen bestrebt sein, diese weiter zu stärken, weiter zu festigen, weiter auszubauen. Die Korbmacher müssen immer wieder auf die wichtigen Aufgaben, die in ihrem Interesse durchgeführt werden sollen, hingewiesen werden. Unhaltbare Lebensarten unverantwortlicher Schwäger müssen zurückgewiesen werden. Dabei denken wir insbesondere an das in der Gegend stark verbreitete Gerücht „die Korbmacher wollen streiken“. Solange auf anderen Wegen, und deren gibt es manche, die Wahrung der Interessen der Arbeiter möglich ist, ist ein Streik ausgeschlossen. Man soll sich deshalb nicht durch dieses „Schreckgespenst“ kopfschütteln lassen. Einigkeit und Geschlossenheit der Korbmacher ist für alle Fälle die Hauptsache. Und diese zu erhalten, muß die vornehmste Aufgabe aller Arbeiter sein, die es mit der Verbesserung ihrer Lage Ernst nehmen.

**Knopfarbeiter.**

**Stadbach.** (Kreis Neuwied.) Der Organisationsgedanke scheint sich nun auch in unserer Gegend durchzuragen, besonders unter den Knopfarbeitern. Sind doch unsere Verhältnisse nach den veranschaulichten Seiten hin, noch sehr verbesserungsbedürftig. Gleich bei der ersten Versammlung erklärten sämtliche Anwesende ihren Beitritt, sodas sofort eine Ortsgruppe gegründet werden konnte. Auch wurde gleich die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Peter Babel, Vorsitzender, Karl Hillen, Kassierer, Wilh. Hardt, Schriftführer. — In der folgenden Versammlung konnten wir wiederum 4 Aufnahmen verzeichnen. Kollegen! nunmehr gilt es unsere Berufs-Kollegen besonders in Ober- und Niederbieber für unsern Verband weiter zu interessieren. Alle christlich-national gesinnte Kollegen müssen für unsern Verband gewonnen werden. Wir wollen nicht mehr länger zusehen, wie rings um uns, alle Arbeiter sich organisieren, sondern wollen diese uns zum Beispiel nehmen. Darum, auf Kollegen, jeder werde ein Agitator für unsern Verband.

**Gewerkschaftliches.**

**Was ist Streik- oder Sperrerebruch?** Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hatte über den Drechslerbetrieb einer Gummiwarenfabrik die Sperrre verhängt. Trotzdem schickte der sozialdemokratische Verband der Fabrikarbeiter seine Leute in den Betrieb. Warum? In einer Erklärung des Sperrerebrecher-Verbandes, die in Nr. 253 der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt ist, heißt es darüber:

„Für die Verwaltung sowie für die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes war eine Sperrre über Gummiwerke in Leipzig bisher nicht bekannt. Wenn man deshalb ein Verbandsmitglied gegen den Vorwurf, er sei Sperrerebrecher, iucht, so hat man nach Lage der Sache nur seine Pflicht erfüllt.“

Wenn die Drechsler sich bei ihren Maßregeln über gemeinsam geschlossene Beschlüsse hinwegsetzen zu können glauben, so haben sie auch die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen. Für heute sei nochmals gesagt, das eine Sperrre über Gummiwerke in Leipzig für Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht besteht, und zwar so lange nicht besteht, bis die Sperrre nicht gemeinschaftlich beraten und beschlossen ist!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verbandsstelle Leipzig und Umgegend.“

Für den sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband besteht die Sperrre des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes deshalb nicht, weil die Sperrre nicht gemeinsam beschlossen wurde. Das ist ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wenn sich aber die christlichen Gewerkschaften auf denselben Standpunkt stellen, dann werden sie von der sozialdemokratischen Presse als „Streikbrecher“ und „Arbeiterverräter“ verächtelt. — Bei den Sozialdemokraten gilt der Grundsatz: „Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe.“

**Tarifbruch einer Papierfabrik.** Seit dem Jahre 1908 besteht in Hagen i. W. ein Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe. Die Geschäftsbücherei Schlegel & von der Heyden hat nun den Vertrag nach 4-jährigem Bestehen gebrochen, indem sie die Akkordfäße einer bestimmten Arbeitsart willkürlich herabsetzte. Die von diesem Vorgehen betroffenen Arbeiter unterbreiteten die Sache dem Tarifschiedsgericht, das die Maßnahmen der Firma einstimmig verurteilte. Die Firma lehnte aber den Schiedspruch ab und trat aus der Arbeitgeber-Vereinigung aus. Da alle friedlichen Versuche zur Herbeiführung einer Verständigung an dem Widerspruch der Firma scheiterten, mußte der Streik über die Firma verhängt werden, um dem Beschluß des Schiedsgerichts Geltung, resp. Anerkennung zu erlangen. Leider haben sich der Firma auswärtige Arbeitswillige zur Verfügung gestellt, die der vertragsbrüchigen Firma Vorspanndienste leisten. Schuldianen, Kotes, Zeichenblätter und Zeichenblocks sind Gegenstände, die gerade von Arbeiterkindern Rheinlands und Westfalens viel gebraucht werden. Die von der tarifbrüchigen Firma hergestellten Waren tragen das Fabrikzeichen S. v. d. H., das in einem Kreis steht. Die christlichen Arbeiter können selbstverständlich kein Interesse an der Unterstützung einer tarifbrüchigen Firma haben.

**Eine Richtigstellung.** Im Leitartikel der Nr. 51 des „Holzarbeiter“ war mitgeteilt, daß die Firma Wuzou und Berter in Kevelaer 50 Buchbindern gekündigt habe, weil sie sich christlich organisierten. Diese Meldung beruht auf einem bedauerlichen Mißverständnis an Fernsprecher, das durch die Erregung, in der sich die Kevelaerer Buchbinder z. St. wieder einmal befinden, wohl zu verstehen ist. In Wirklichkeit liegt die Sache so, das die Firma Ebum es ist, die jetzt nach

erfolgreicher Wiedereinführung des Graphischen Zentralverbandes, mit Arbeiterentlassungen vorgeht. Deshalb befürchten die...

Soziale Rundschau.

„Große allgemeine freie Krankenkasse Normania“ nannte sich jene Hilfskrankenkasse, deren Hauptleiter — der Vor...

Soziale Kommunalpolitik der Sozialdemokraten. Im Offenbacher Stadtkonferenzkollegium wurde von bürgerlicher Seite wiederholt beantragt, Einkommen unter 1200 Mk. von der Kommunal-Einkommensteuer zu befreien...

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Waggonfabrik A.-S. vorm. F. Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld wird für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 9 Prozent verteilen. Im Vorjahr betrug die Dividende 7 Prozent.

Verkaufsjahr H. Hagedorn & Co. Akt.-Ges. in Osnabrück. Dieses Unternehmen erzielte in dem am 31. August beendeten Geschäftsjahr, nach Abschreibungen im Höhe von 113 099 Mk. (im Vorjahre 103 140 Mk.) einen Reingewinn von 162 471 Mk. (im Vorjahre 146 189 Mk.)

Düsseldorfer Eisenbahnbedarf Akt.-Ges. Die Hauptversammlung der A.-S. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf (vorm. Carl Beyer & Co.) genehmigte, daß für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 13 Prozent ausgeteilt wird.

Der „Hölzleönig“. Den Schwarzwaldbauern ist er bekannt: An der hochwichtig. Grenze, 10 Minuten vom Hültinger Hofplatz entfernt, steht im Schweminger Stadtwald „Hölzle“ Deutschlands größte Larve der „Hölzleönig“.

ein kleines Stück Weltgeschichte und ein großes Kapitel innerdeutschen, partikularistischen Völkerebens hat der Baum mit angesehen. Geschlechter kamen und gingen, die Fürstlichen...

Literarisches.

Sämtliche an dieser Stelle, sowie auch im Inseratenteil angezeigte Schriften, sind zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Postfach 157. — Unser Gewerkschaftsverlag liefert zu den gleich günstigen Bedingungen wie jede andere Buchhandlung.

Von der Geschäftsstelle des Verbandes werden Schriften an einzelne Zahlstellen oder Mitglieder nicht mehr versandt. Alle Schriftbestellungen sind deshalb direkt an den Gewerkschaftsverlag zu richten.

Das Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1913, herausgegeben von Pfarrer D. Weber und Pastor Lic. Mumm, R. v. R., Berlin erscheint nun schon zum siebenten Male und hat sich längst in weiten Kreisen Bürgerrecht erworben.

Arbeiterjahrbuch für das Jahr 1913. Herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger.

Der mit seinem ersten Kongress 1912 zu Pfingsten mächtig in die große Öffentlichkeit getretene Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands läßt seinen in Berlin sein Taschenbuch für 1913 erscheinen.

Wirtschaftspolitische Tagesfragen. Heft 1: Die Zweckmäßigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Unter besondere Berücksichtigung der Agrar- und Eisenölle. gr. 8° (30) 20 Pfg., postfrei 25 Pfg. R. Stadbach 1912, Volkswirtschafts-Berlag GmbH.

Die augenblicklich aktuelle Frage der Fleischversorgung hat neuerdings das ganze Problem unserer Lebensmittelerzeugung aufgegriffen. In dieses Licht zu bringen das vorstehend angezeigte Heft 2 der „Wirtschaftspolitischen Tagesfragen“: „Grundlagen und Regelung der Lebensmittelerzeugung des deutschen Volkes.“

Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften. Der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 26. Nov. in Essen hat durch seine Beschlüsse wie durch seine Tagesordnung die Öffentlichkeit in hervorragendem Maße beschäftigt.

örterungen über diese bedeutsame Tagung wird man zweckmäßig den offiziellen vollständigen Bericht über die Verhandlung zugrunde legen. Dieser Bericht ist sofort nach dem Kongress erschienen: „Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“; abgehalten am 26. Nov. 1912 in Essen. (Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Straßburgerstr. 147).

Aus der Tapezierer-Bewegung.

Dieser Bericht mußte wegen Raummangels in der Vereinigung hier untergebracht werden.

Essen. Im Fall Schreiber haben wir wieder einmal recht deutlich ersehen können, mit welchen Elementen wir es im sozialdemokratischen Tapeziererverband zu tun haben. Erst wird verächtlich und dann, wenn dieserhalb eine Tracht Prügel ausgeteilt werden, und dabei ein milder Betelligter etwas reichlich beachtet wird, dann läuft man noch obenrein zum Rabi. Nachfolgend eine Berichtigung aus Nr. 48 des roten „Korrespondenzblattes“ die beweist, daß nicht nur unsere Kollegen den „Genossen“ als Freiwillig gelten, sondern alle, die aus irgend einem Grunde nicht in das rote Horn treten:

„In Nr. 46 des „Korrespondenz-Blattes“ befindet sich ein Verammlungsbericht aus Essen, welcher sich auch mit meiner Person und den Zuständen bei der Firma Freudenberg befaßt. Soviel Behauptungen, soviel Unwahrheiten sind in diesem, erscheinend aus sehr persönlichen Motiven heraus verfaßten Bericht enthalten. Es ist un wahr, daß ich in meiner gehobenen Stellung schalte und walte, wie es mir beliebt. Wahr ist, daß ich Anordnungen treffe, wie sie jeder geordnete Werkstatbetrieb ohne weiteres erfordert.“

Es ist un wahr, daß ich meinen früheren Kollegen das Pfeifen und Singen verboten habe. Diese singen und pfeifen auf der Werkstat noch genau wie früher. Wahr ist dagegen, daß ich zu einem älteren Kollegen, welcher schwach in der Arbeit ist und mehrere Male unbrauchbare Arbeit wieder ändern mußte, sagte: „Wenn ich in der Arbeit so unsicher wäre wie Sie, würde ich meine Gedanken mehr auf die Arbeit richten und nicht den ganzen Tag singen und pfeifen.“

Un wahr ist es, daß ich mich durch Antreiben auszeichne. Wahr ist es, daß ich einem Kollegen, welcher als langsamer Arbeiter bekannt ist, bei einer scharf kalkulierten Arbeit mehrere Male sagen mußte, er möge sich mit seiner Arbeit daran halten, ohne daß der Betreffende Anstalten machte, dem nachzukommen. Die Arbeit konnte in der festgesetzten Zeit bequem geleistet werden.

Un wahr ist es, daß ich als Lohnbrüder bereits Niefiges geleistet hätte. Dieses wurde selbst von einem der am meisten gegen meine Person interessierten Kollegen als Mißbühnen bezeichnet, nachdem er den Artikel gelesen hatte. Wahr ist dagegen, daß ich einem Kollegen, welcher bei der Einstellung 60 Pfg. Stundenlohn verlangte, sagte, daß er sie auch bekommen könne, wenn seine Leistungen dementsprechend seien. Dieses war nicht der Fall und so wurde der betreffende Kollege seinen Leistungen entsprechend bezahlt.

Was nun meinen Austritt aus dem Verband betrifft, nachdem ich bei der Firma den kleinen Posten erwirkt hatte, möchte ich folgendes richtigstellen. Erstens hatte ich den Posten nicht erwirkt, sondern ich hatte ihn schon früher vor Beginn meiner 1 1/2 jährigen Krankheit bekleidet. Die Firma war so human, mir den Posten wieder anzubieten, nachdem ich wiederhergestellt war. Der Empfang auf der Werkstat, welcher mir bei meinem Neuentritt bereitet wurde, ferner das Verhalten der Kollegen meiner Person und meinen Anordnungen gegenüber (sie scheuten sich nicht, in gehässiger persönlicher Art meine eben überstandene lange Krankheit gegen mich auszuspielen), veranlaßten mich, meiner Organisation unter persönlichem Bedauern den Rücken zu kehren. Diese Kollegen haben es scheinbar nicht gelernt, Worte und Taten in richtigem Einklang zu bringen. Bisher weit dieses Verhalten geht, lehrt zur Genüge der Artikel in Nr. 46. Als den betreffenden Kollegen gesagt wurde, die Unterlagen zu den in dem Artikel erwähnten Bewichtigungen zu bringen, waren sie dazu nicht in stande. Damit vergleiche man die gehässige, meine Person verächtlich machende Aufmachung des Versammlungsberichtes, und man wird einen Begriff von der Kollegialität dieser Leute bekommen haben. Max Gerbert.“

So rehet ein ehemaliges Mitglied. Das ist charakteristisch für die Zustände in der hiesigen Filiale des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes.

Adressenveränderungen.

Striegen. V. Josef Rocoured. Kirchstraße 19. Neaforg im Fichtelgebirge V. Josef Schreyer, Ebnaß Nr. 107.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf. TAGES-KURSE FÜR SCHREINER. (44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Bach, Geschäftsbriefwechsel, Wechselzettel, Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerbliche Geometrie, Stül- u. Formel, Mat., Weick-, Maschinenkunde, Fruchtsack, Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTERPRÜFUNG vor. Meistertest kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlotenstr. 37. Der Direktor: ZILLMER.

Bleistifte Metermasse, Notizbücher. liefern zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. H. Melchers, Köln-Nippes Bülowstr. 17. Wir suchen ordentliche und solide Bürstenmacher (Pecher und Einzieher) gegen guten Lohn auf dauernde Arbeit. Auch finden zwei Beschneiber für Pechwaxe dauernd Beschäftigung. Schade & Co., Bürstenfabrik, Dauterbach.

Eingelegte Journiere für Nähtische, Schatullen und Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften. Gustav. Biller, Marienthor, Heidelberg, Theaterstraße 7. In Kreisstadt Norddeutschlands ist Todesfall! halber, sofort die Stelle eines Geschäftsführers einer kleinen Tischlerei mit besserer Privatbehandlung zu besetzen. Ältere, erfahrene Verbandskollegen, denen an selbständiger Stellung gelegen, wollen sich beim Verbandssekretariat Hannover, Am Kanonenwall 16, schriftlich melden.